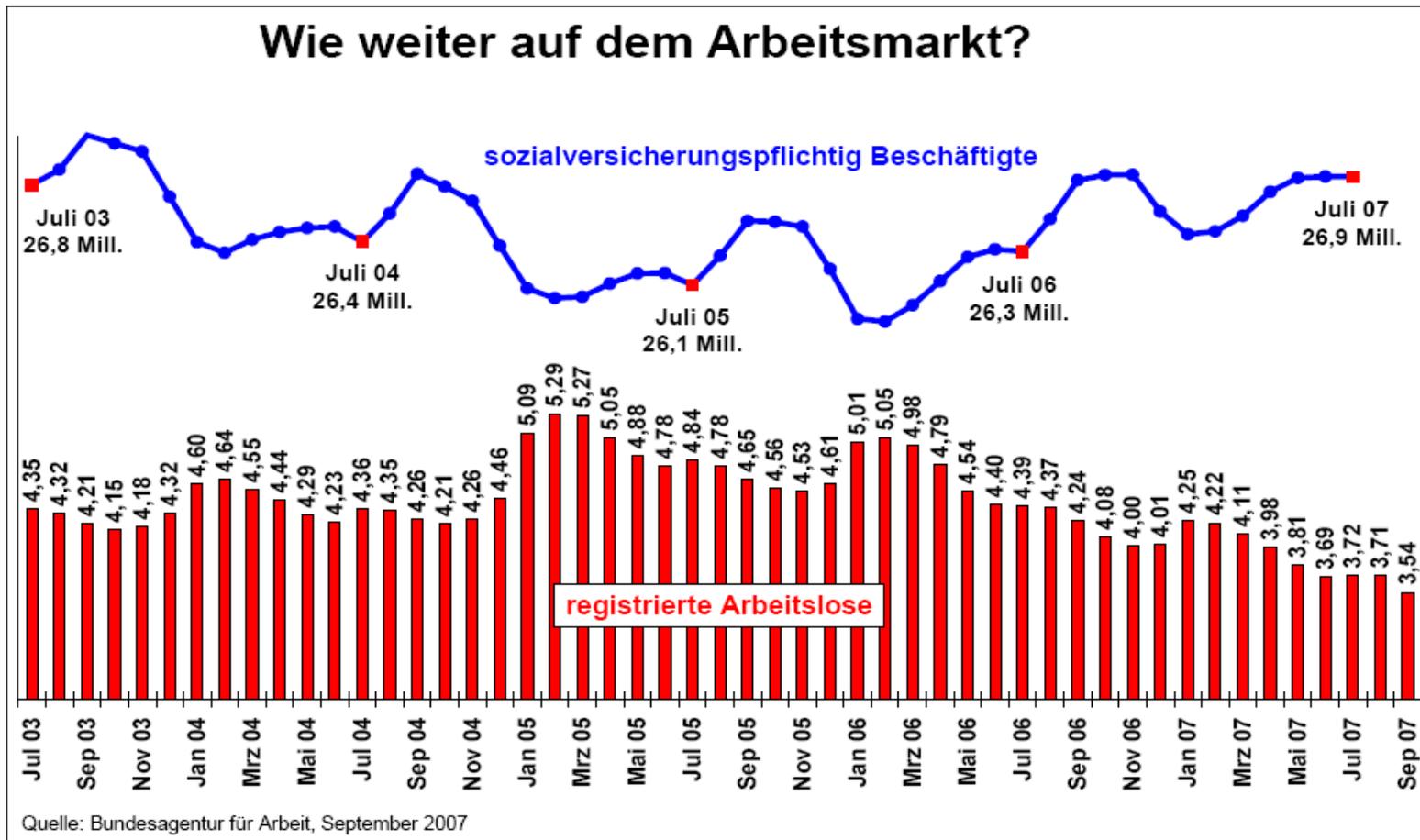


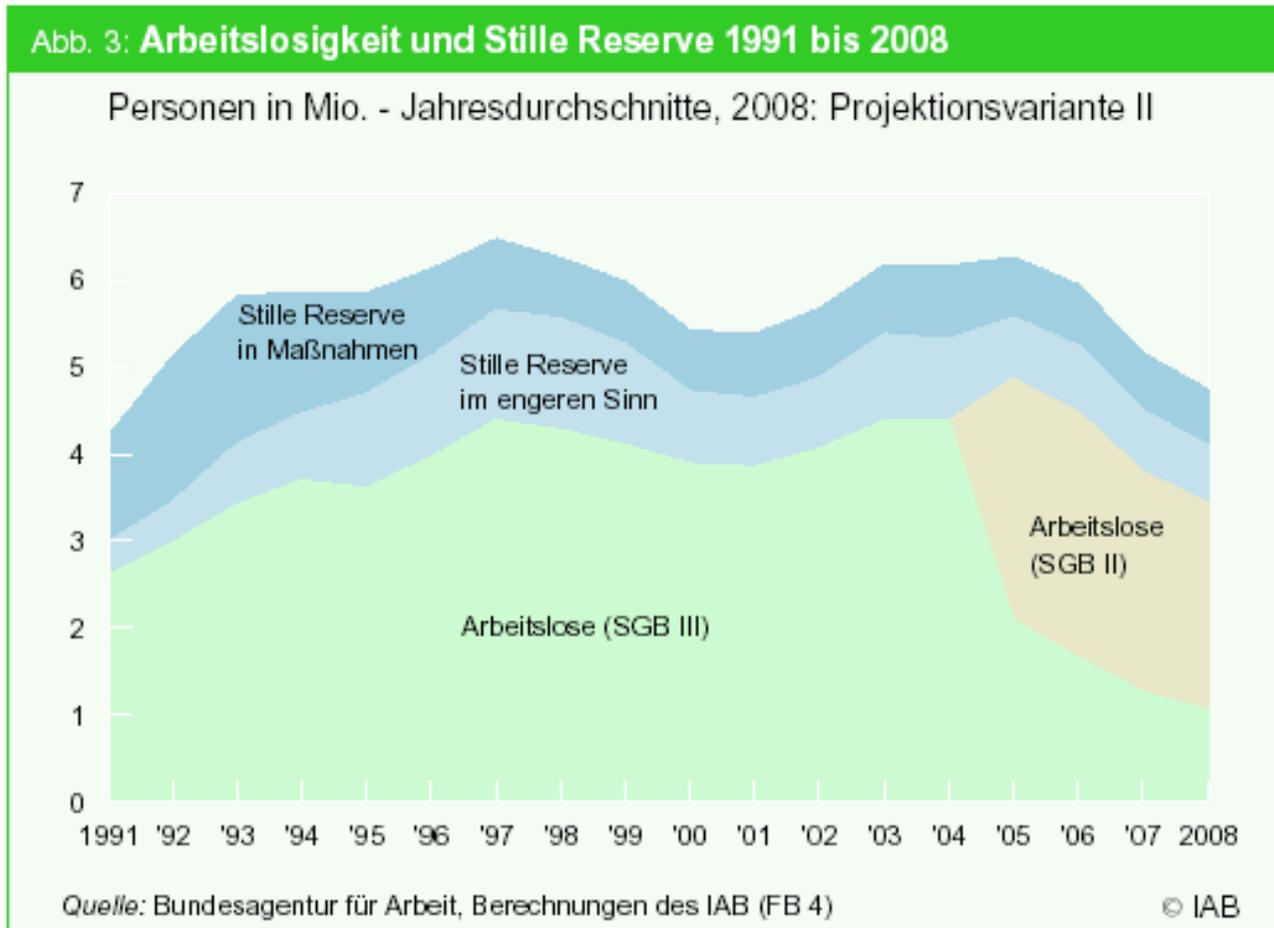
# **Neuverteilung von Arbeit, Einkommen und Macht**

## **Wirtschaftspolitische Alternativen**

# Massenarbeitslosigkeit – Ein Dauerphänomen



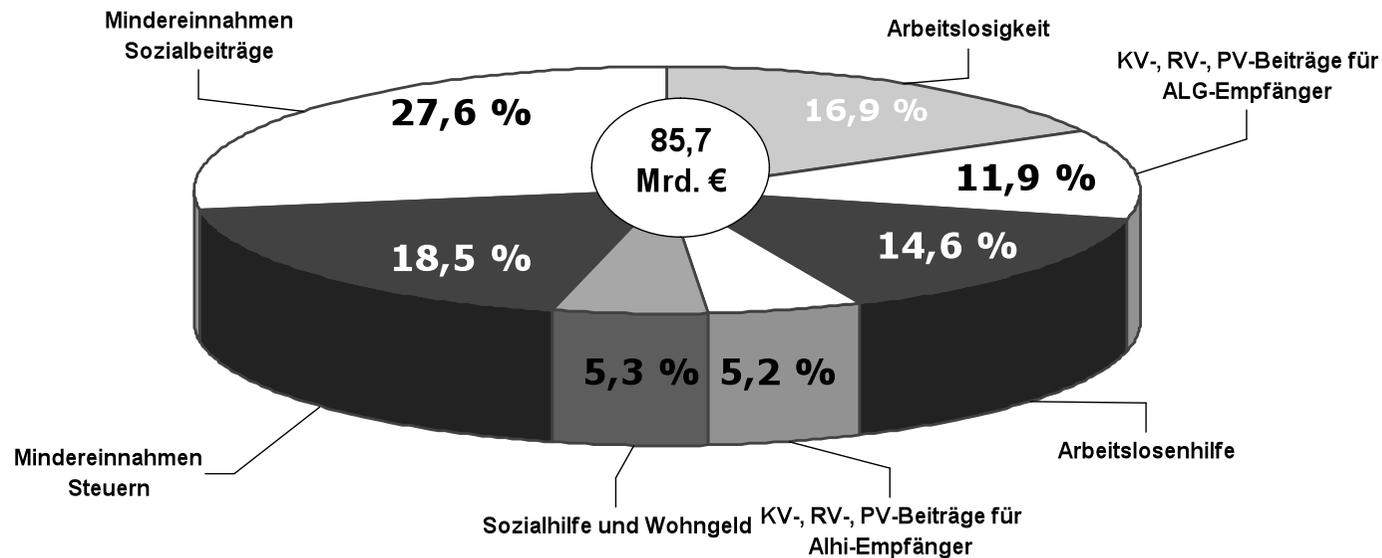
# Arbeitslosigkeit und Stille Reserve



# Kosten der Arbeitslosigkeit

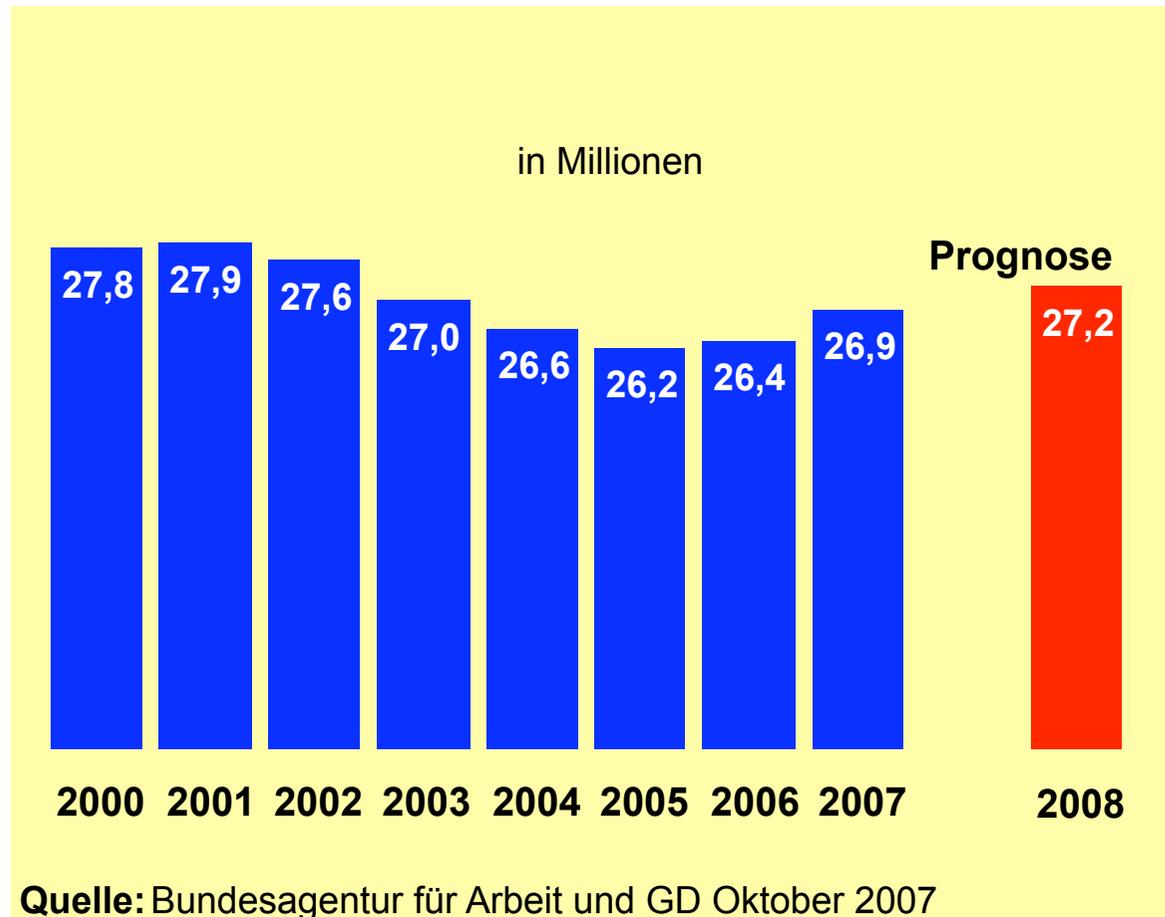
Gesamtfiskalische Ausgaben und Mindereinnahmen  
durch Arbeitslosigkeit 2004

Deutschland Gesamt

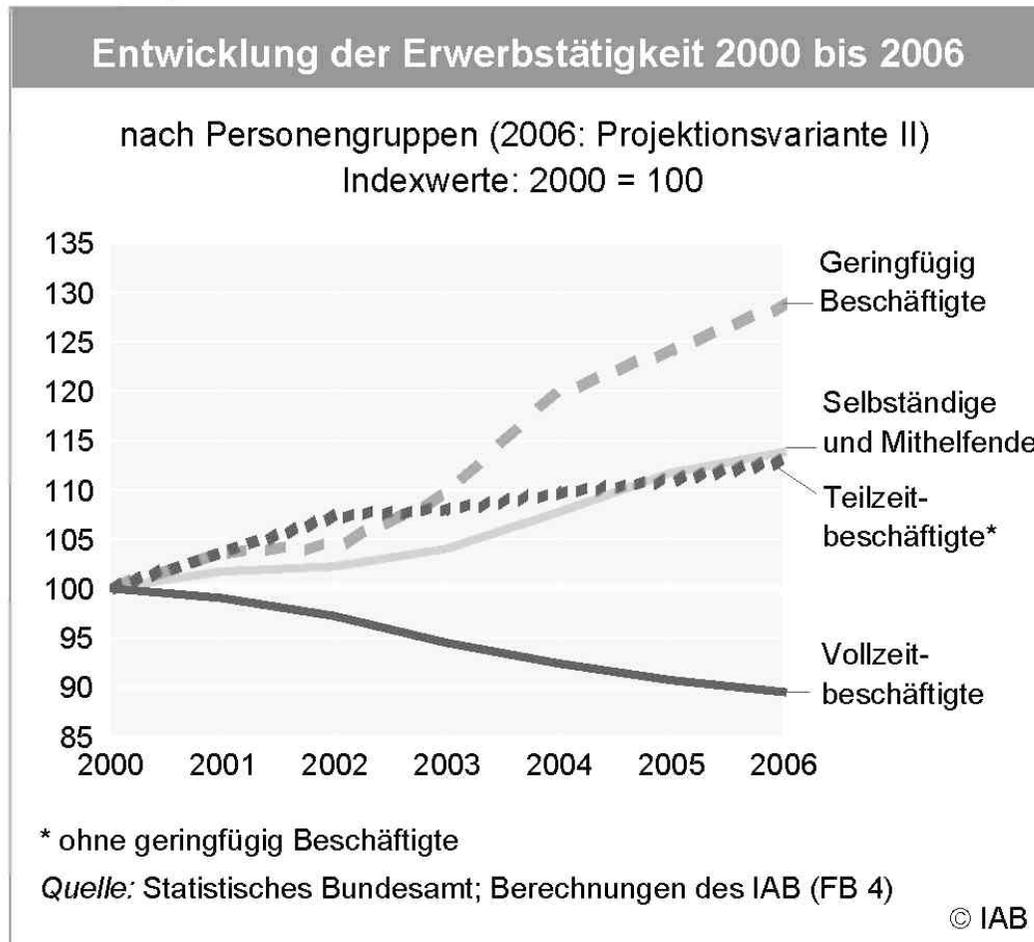


Quelle: Berechnungen des IAB (Arbeitsbereich VI/2)

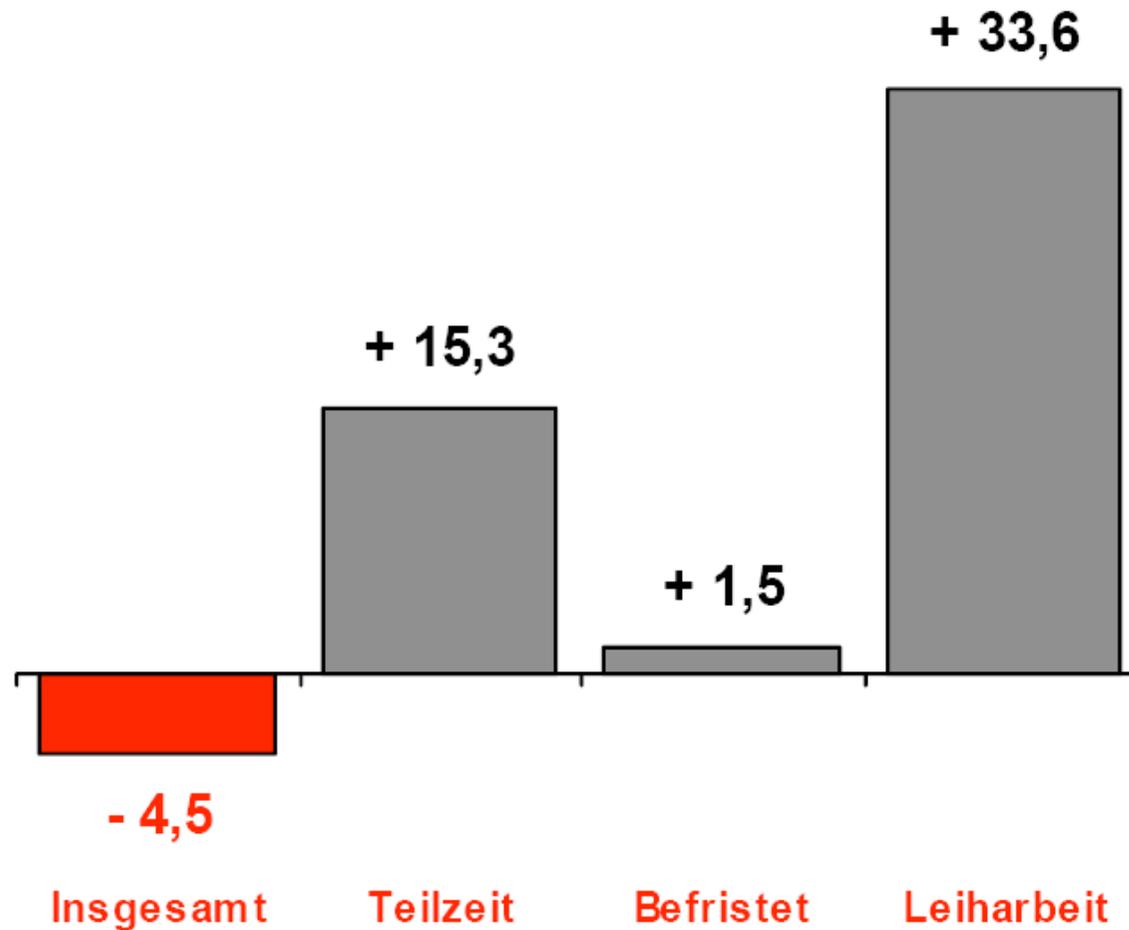
# Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung



# Prekäre Arbeit auf dem Vormarsch



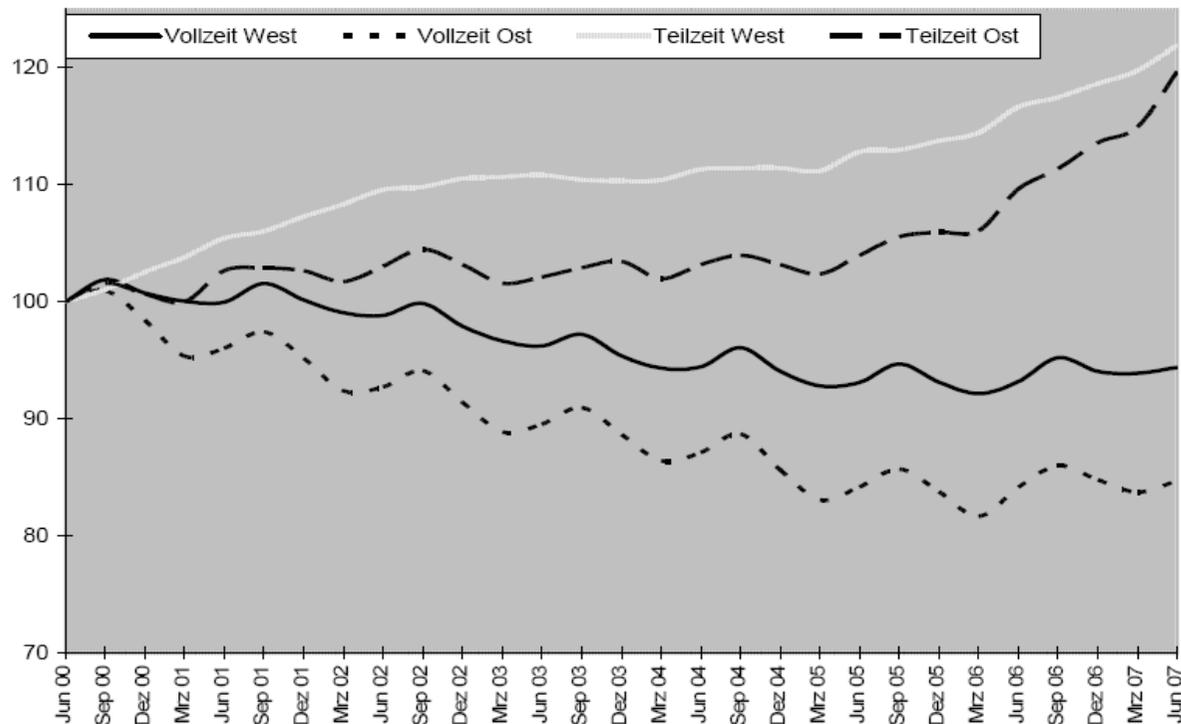
# Auch sozialversicherte Beschäftigung wird prekärer (2000-2006)



# Sozialversichert Beschäftigte in Voll- und Teilzeit

Sozialversicherte Beschäftigung in Voll- und Teilzeit 2000 – 2007 (Juni 2000 = 100)

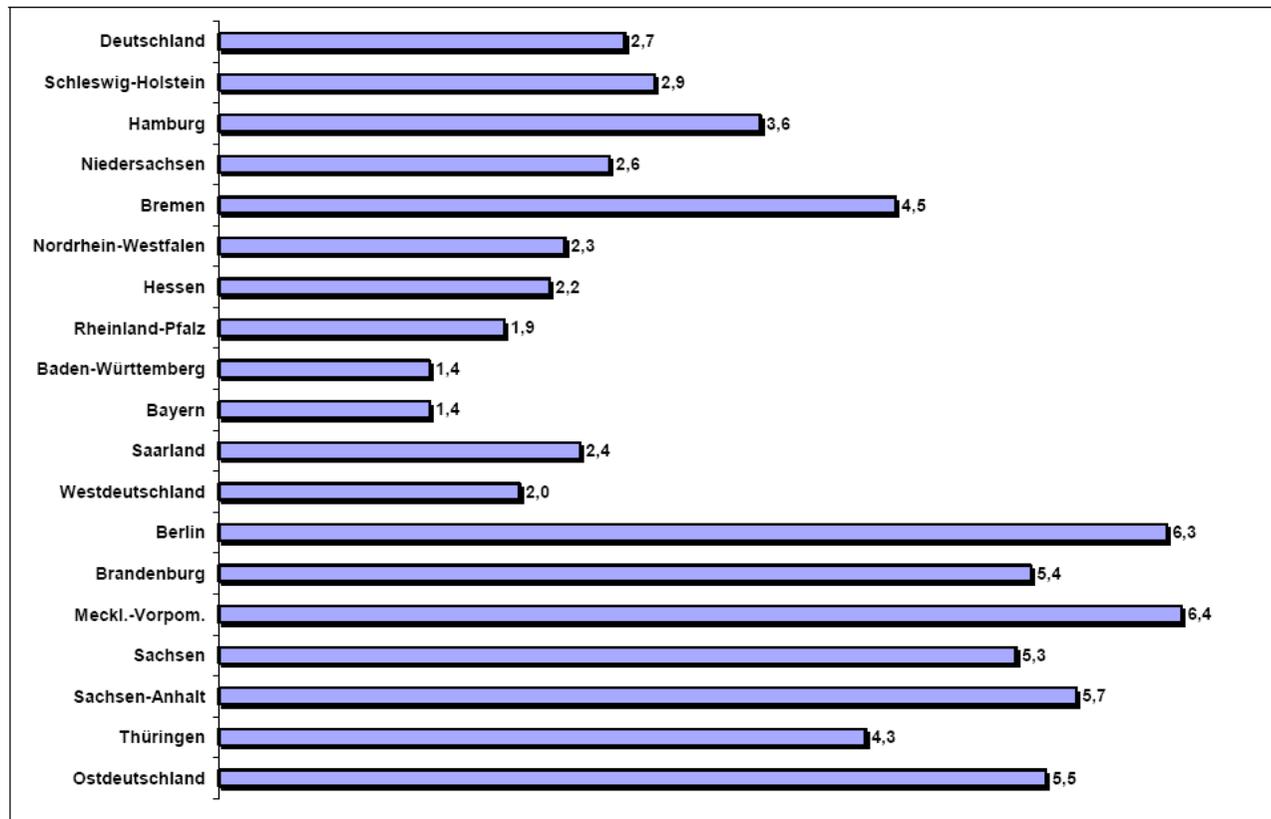
Sozialversicherte Beschäftigung in West und Ost 2000-2007



Quelle: eigene Berechnungen

# Sozialversichert Beschäftigte mit SGB II-Leistungen

Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Ländern, die gleichzeitig SGB II-Leistungen beziehen (Anteil in Prozent)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

# Erschwerte Arbeitssuche (I)

„Mit der neuen Rechtslage haben sich die individuellen ökonomischen Risiken eines Arbeitsplatzverlustes und einer längerandauernden Arbeitslosigkeit erhöht.

Das Niveau der Hilfen sinkt für viele Leistungsbezieher bereits nach einem Jahr Arbeitslosigkeit deutlich. Der Bezug von Arbeitslosengeld II (im Anschluss an das Arbeitslosengeld nach SGBIII) ist dann auch – wie schon die Arbeitslosen- und Sozialhilfe – abhängig von der Höhe des vorhandenen Vermögens sowie dem Einkommen des Ehe- oder Lebenspartners.

Diese Veränderungen können dazu geführt haben, dass sich Arbeitssuchende intensiver als früher um eine neue Arbeitsstelle bemühen, zumal von ihnen gleichzeitig mehr Eigenbemühungen verlangt werden.

Das müsste sich auch in einem veränderten Verhalten dieser Personen ausdrücken.“

# Erschwerte Arbeitssuche (II)

„Bei Stellen wiederum, die zu ihnen passen, stehen Geringqualifizierte in Konkurrenz zu Bewerbern, die über eine höhere Qualifikation verfügen, aber bereit sind, eine Tätigkeit unterhalb dieser anzunehmen.

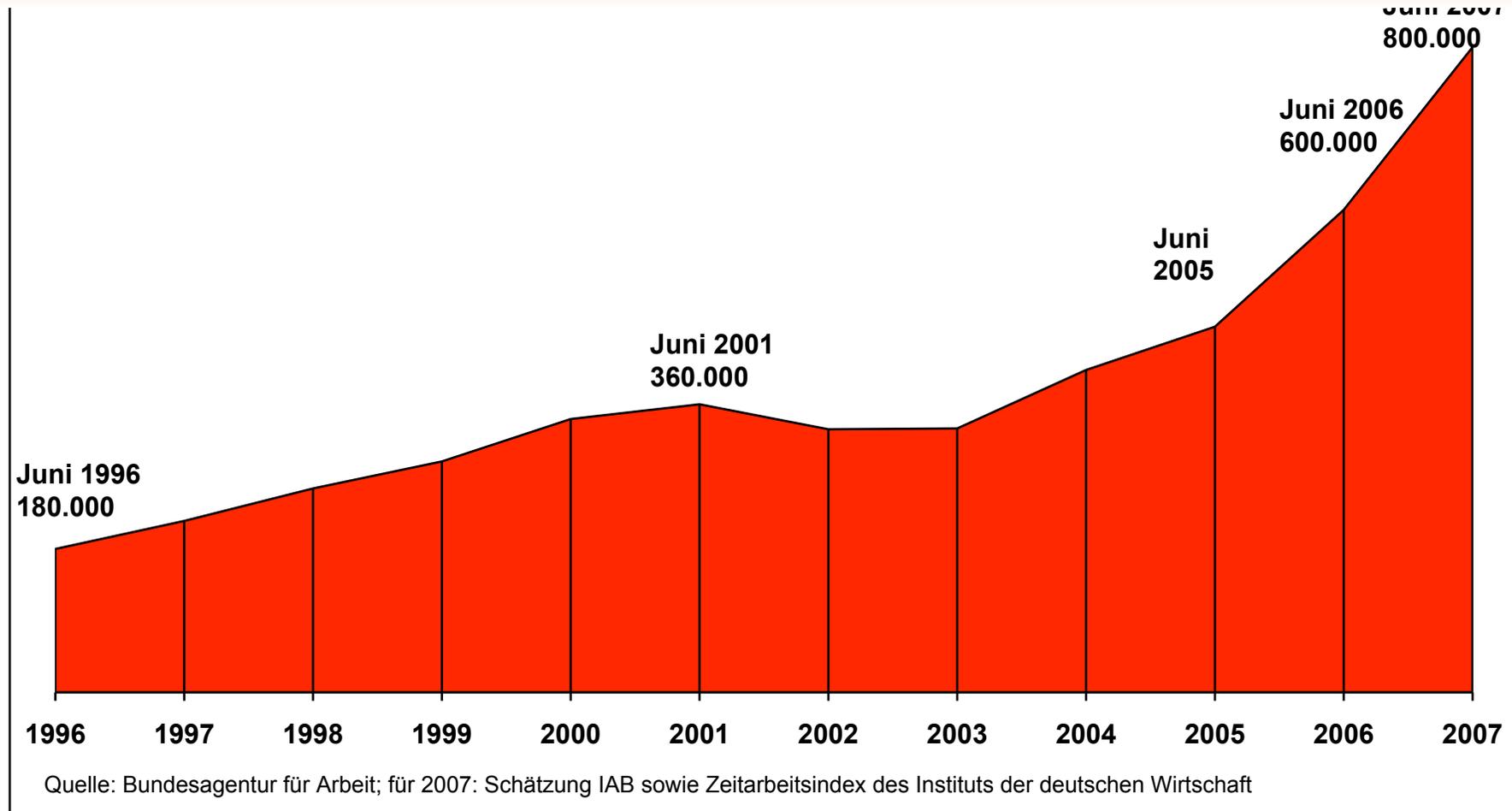
Für Unternehmen kann so eine Stellenbesetzung von Vorteil sein, wenn sie bei gegebenem Lohn von einer überdurchschnittlich hohen Leistungsfähigkeit des Bewerbers ausgehen.

Dies kann eine Erklärung dafür sein, dass die Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II – von denen über 50% über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen – wesentlich weniger vom Beschäftigungsaufbau der letzten Zeit profitieren konnten.

Sowohl die längere Nicht-Teilhabe am Erwerbsleben als auch die wachsende Konkurrenz in Bewerbungsverfahren sind für sie von Nachteil.“

Aus: IAB-Kurzbericht Nr.19/2007

# 800.000 Beschäftigte in Leiharbeit



# Vom BIP-Wachstum zum Beschäftigungs-Wachstum

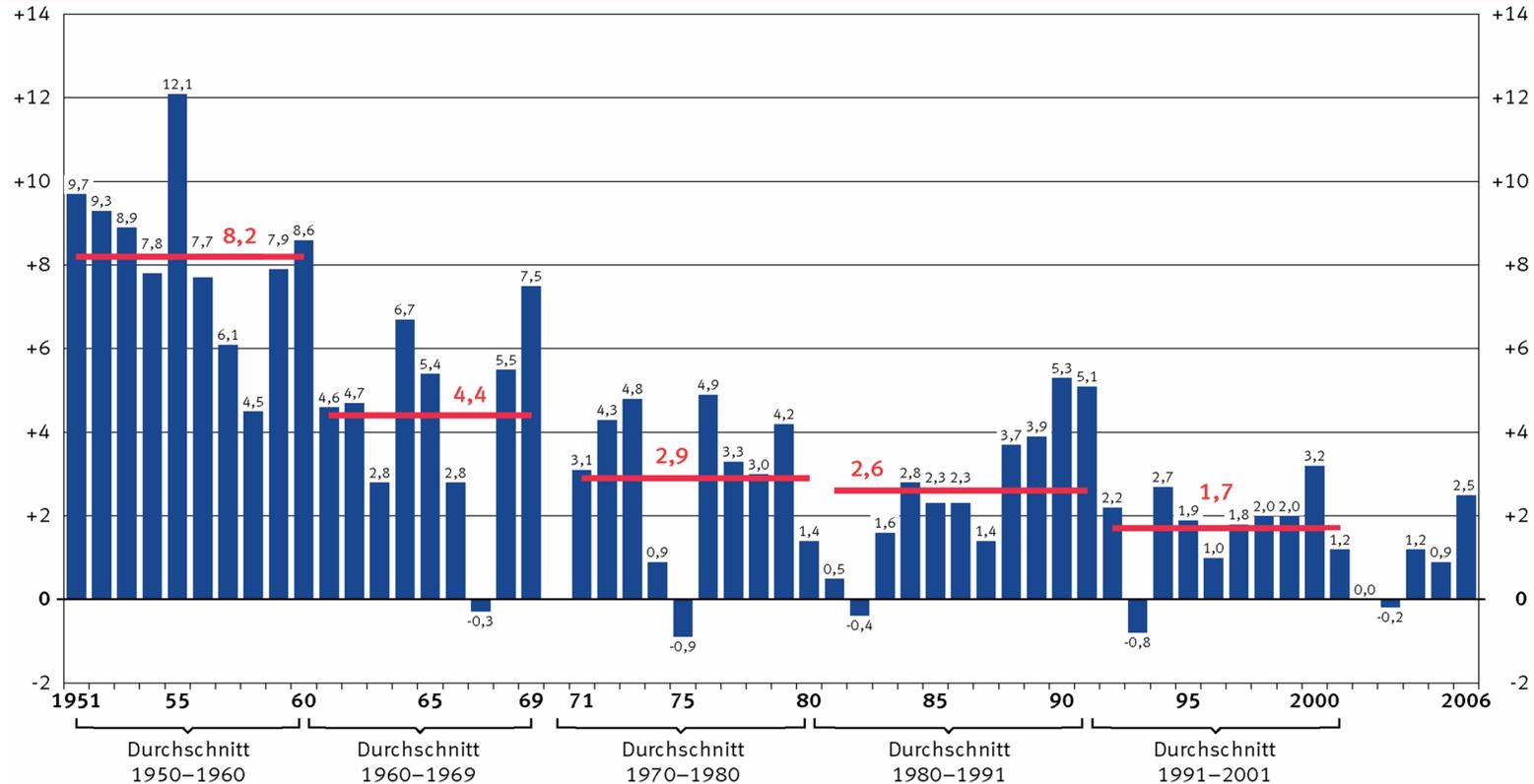
	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>BIP (real)</b>	0,0	-0,2	1,2	0,8	2,9	2,5
- Produktivität <sup>1</sup>	1,5	1,2	0,7	0,9	2,2	0,8
<b>= Arbeitsvolumen</b>	-1,5	-1,4	0,5	-0,1	0,7	1,7
- Arbeitszeit <sup>2</sup>	-0,9	-0,4	0,2	-0,5	-0,2	0
<b>= Erwerbstätige im Inland</b>	-0,6	-1,0	0,3	0,4	0,9	1,7

1 Je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich Veränderungen der Arbeitstage.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

# Wirtschaftswachstum in Deutschland

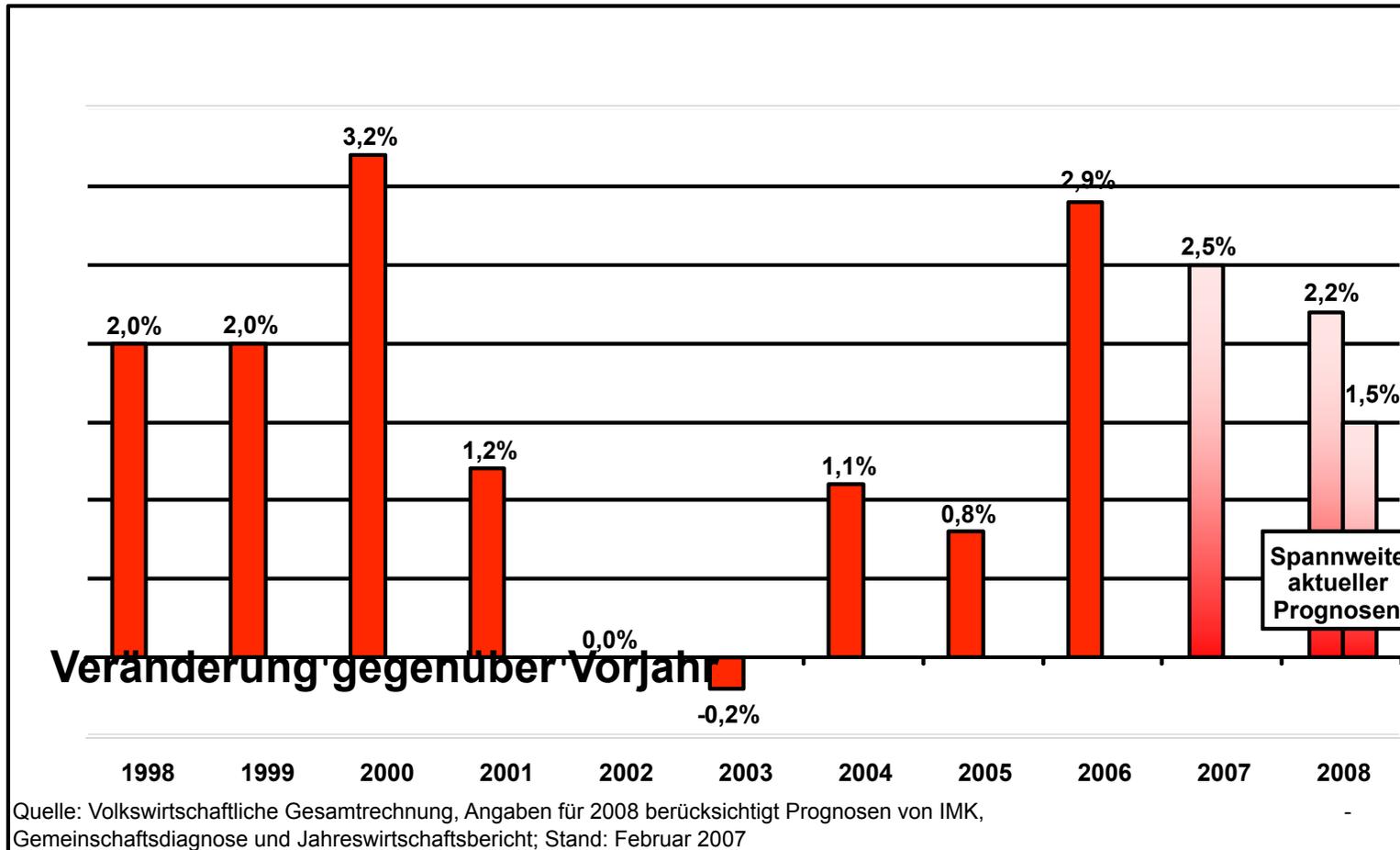


1) Die Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen.

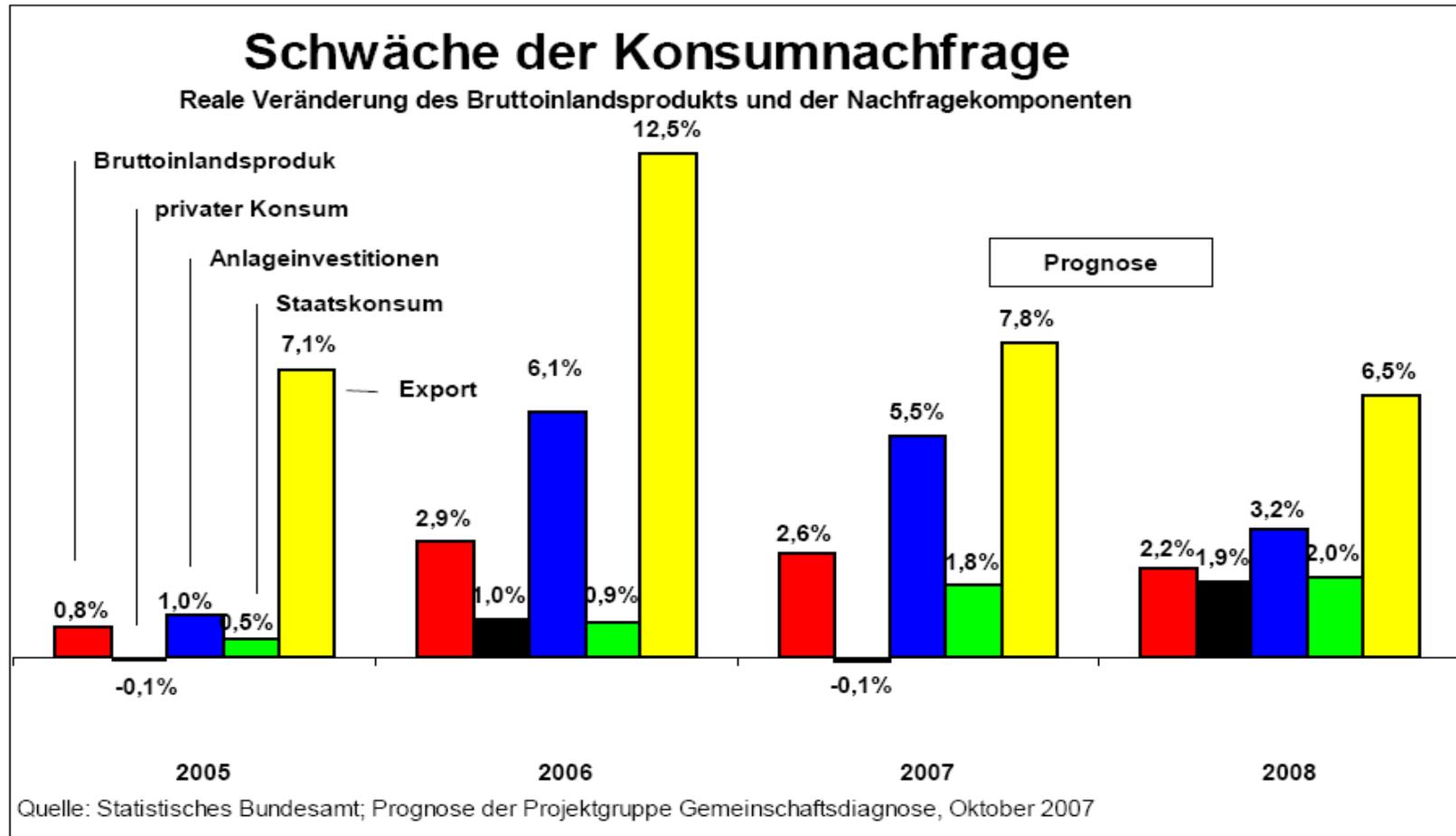
Quelle: Statistisches Bundesamt 2007

# Konjunktur in Deutschland

## Wachstum des realen BIP

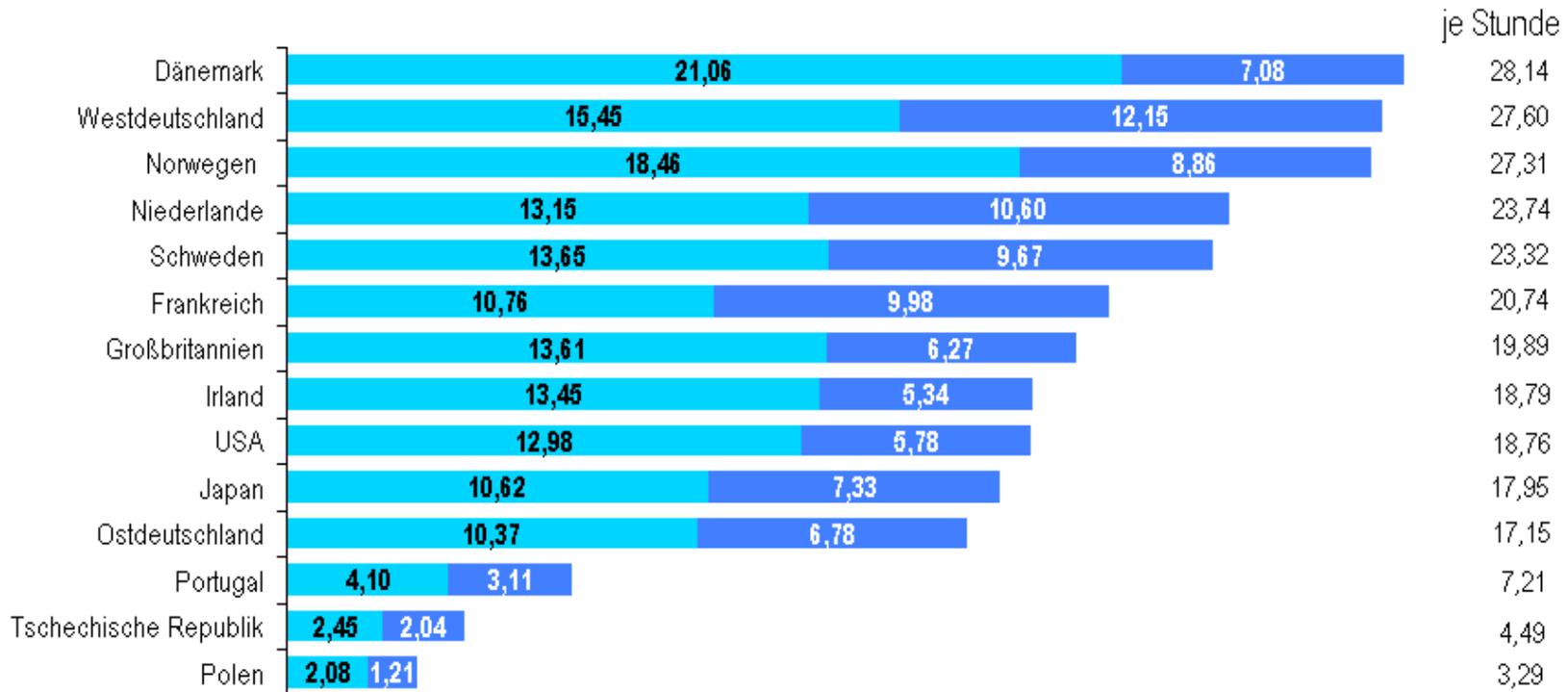


# BIP und Nachfragekomponenten



# Arbeitskosten 2004

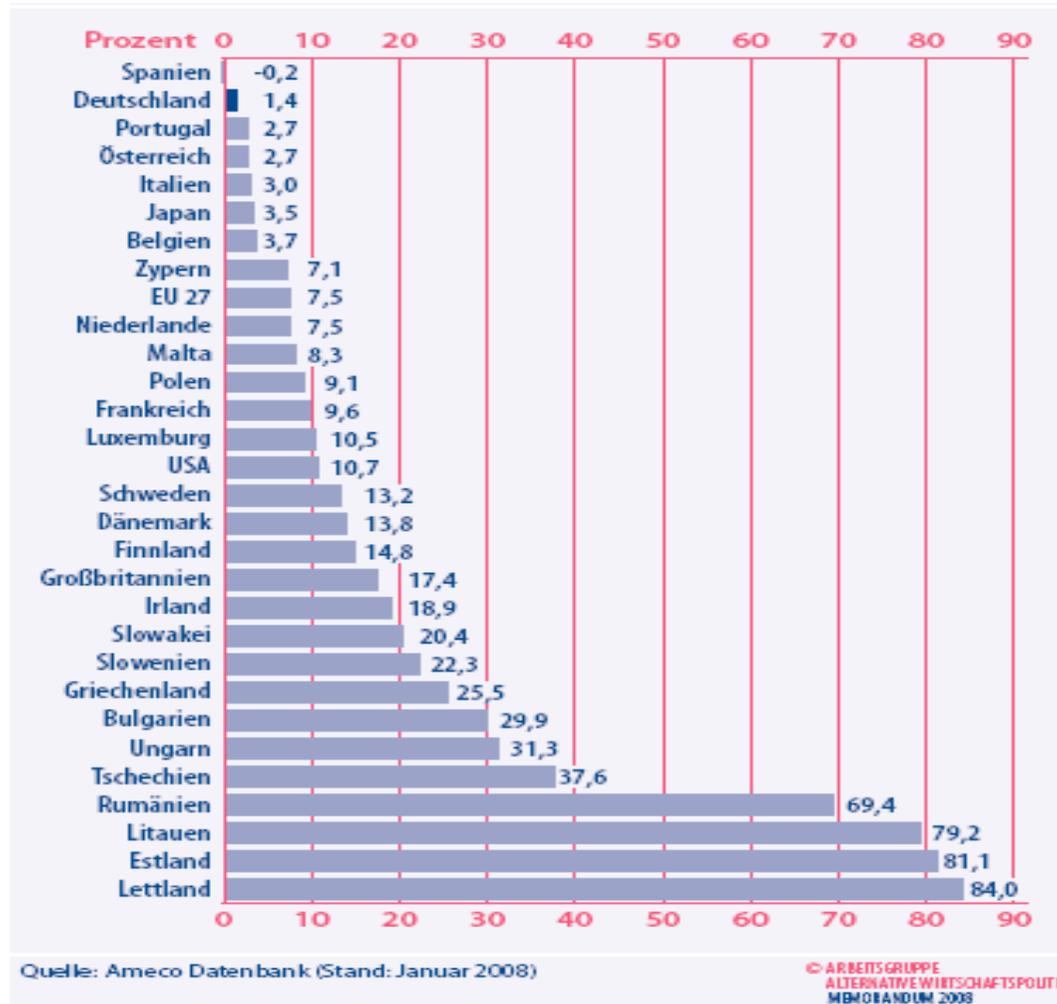
## Internationaler Vergleich



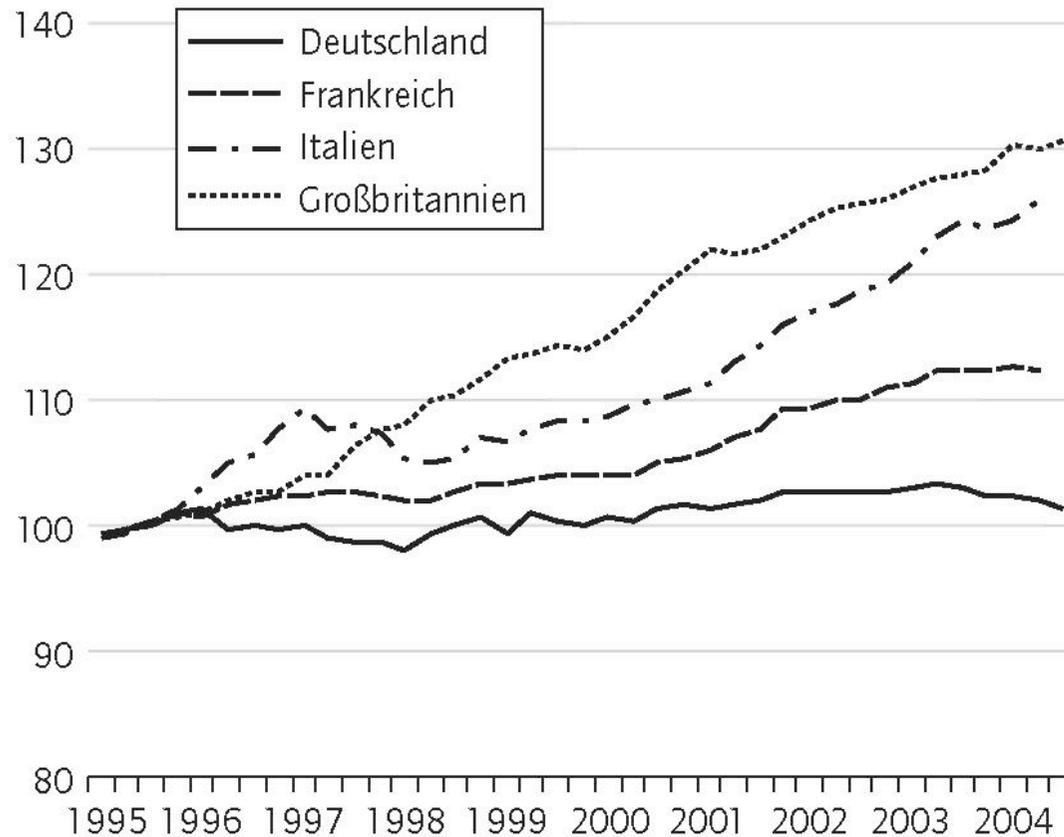
\* Verarbeitendes Gewerbe, in EUR; Quelle: IW Köln nach nationalen Angaben

# Entwicklung der Reallöhne 2000-2007

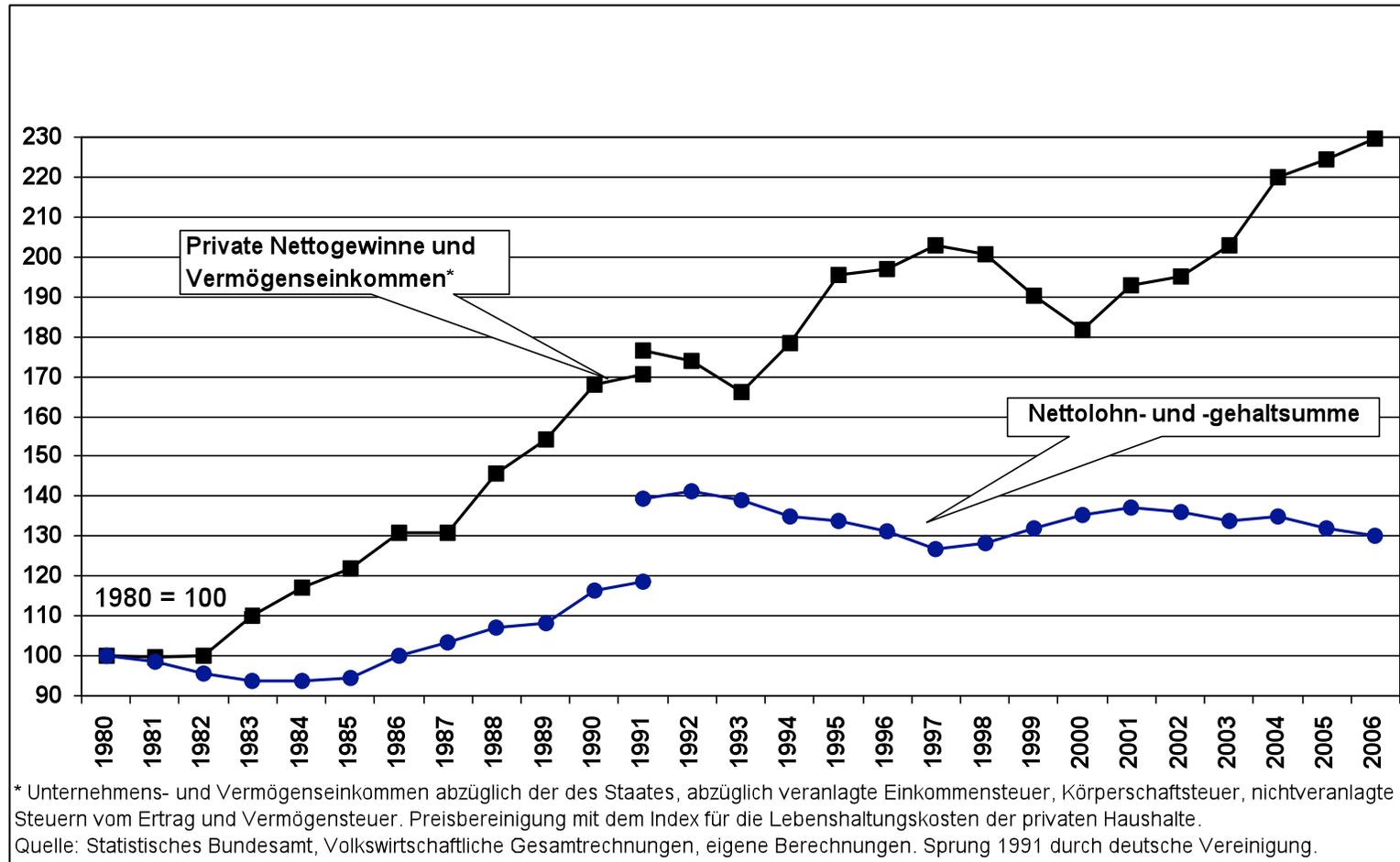
## Internationaler Vergleich



# → Lohnstückkosten im internationalen Vergleich

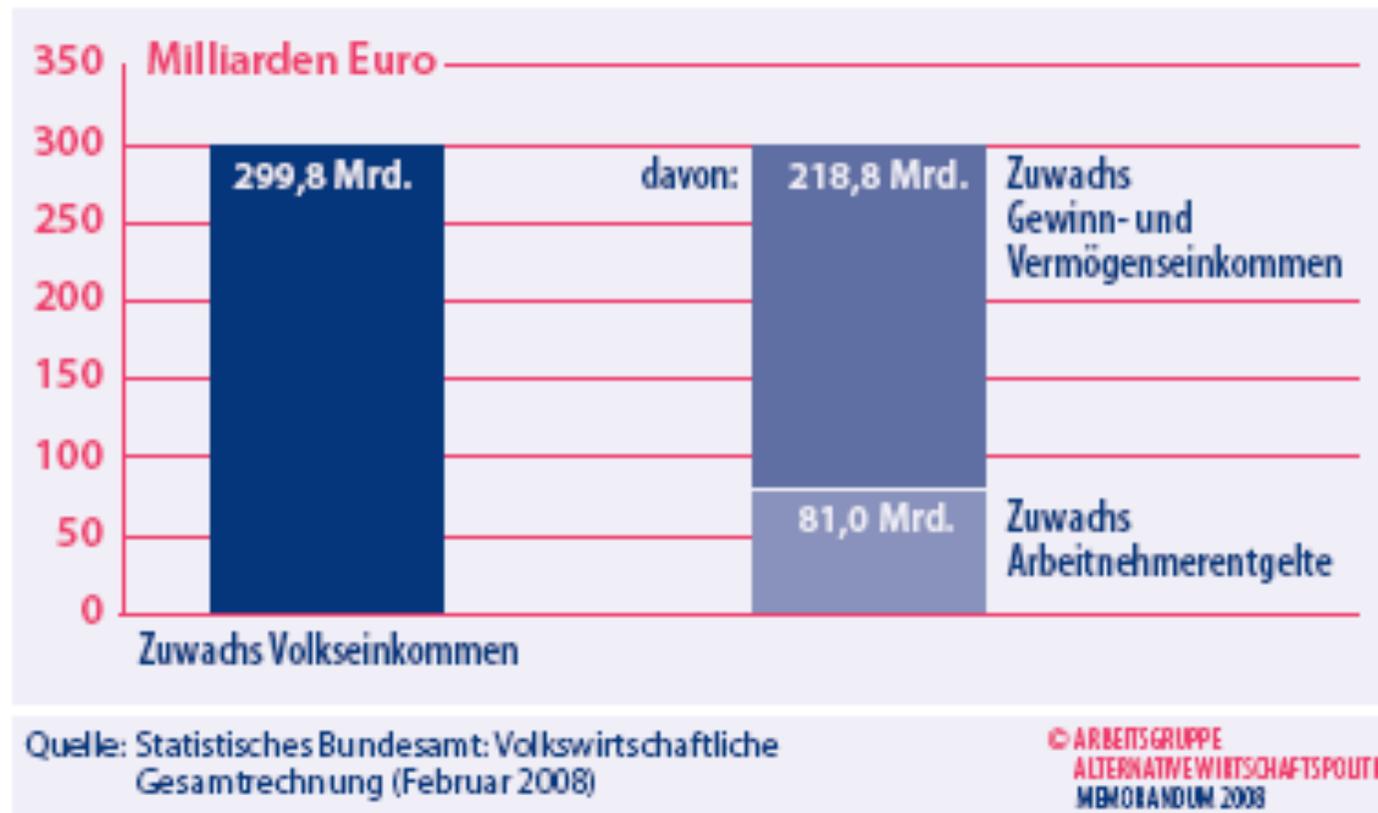


# Entwicklung der Nettoealeinkommen



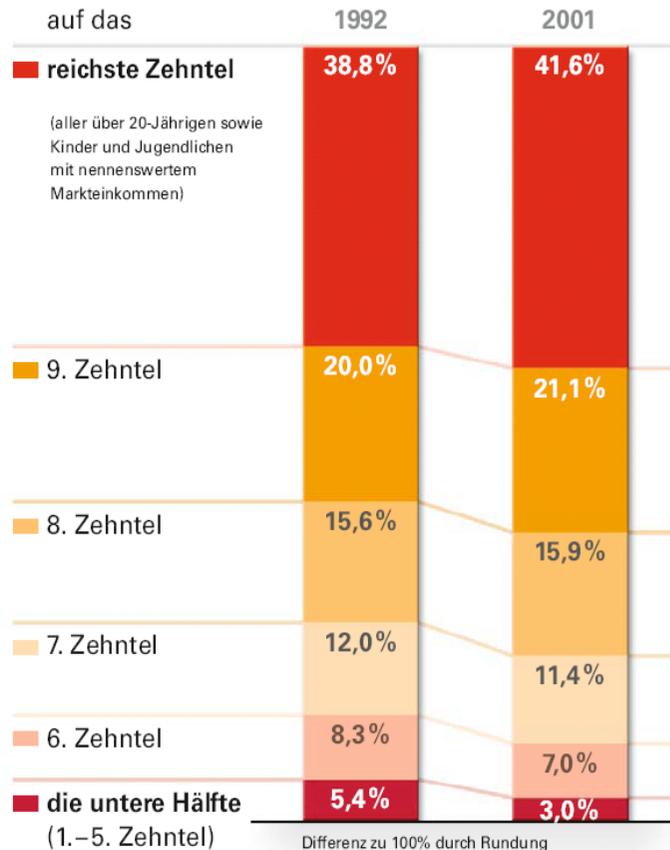
# Wenig für viele – viel für Wenige

## Verteilung des Volkseinkommens 2000-2007



# Polarisierung der Markteinkommen

Von allen Markteinkommen\* in Deutschland entfielen...



## Jährliche Markteinkommen\* der Spitzenverdiener

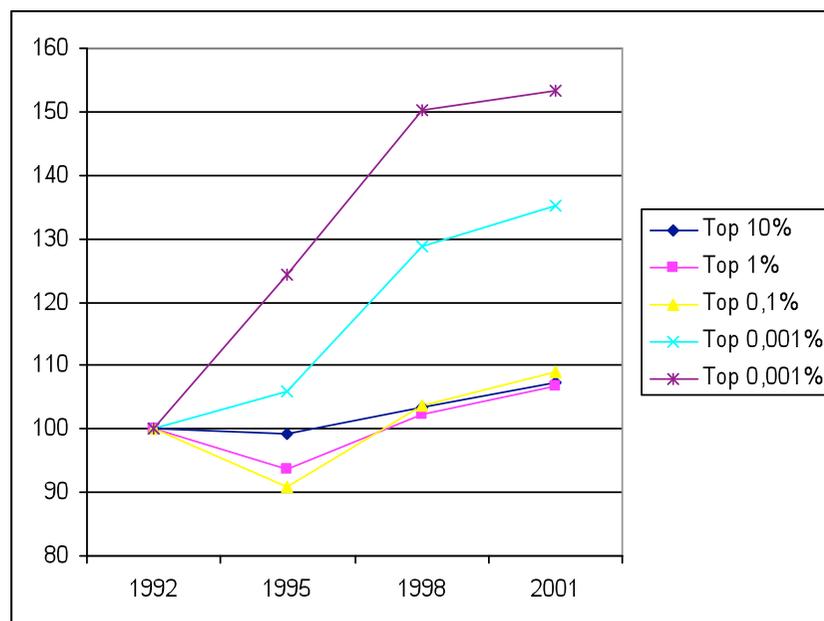
Einkommensgruppe	Zahl der Personen	durchschnittliches Einkommen	Zunahme seit 1992
oberes Millionstel	65	48.150.000 €	53,2%
oberes Hunderttausendstel	650	15.000.000 €	35,2%
oberes Hundertstel	650.000	240.000 €	6,8%
oberes Zehntel	6.500.000	83.000 €	7,3%

\* Einkommen aus Lohn (einschließlich Arbeitgeberanteile an Sozialversicherungsbeiträgen), aus unternehmerischer Tätigkeit sowie aus Vermögen ohne Veräußerungsgewinne; ohne öffentliche Renten, Pensionen und Sozialtransfers; Eurobeträge zu Preisen von 2000

Quelle: Wochenbericht DIW Berlin, 13/2007 sowie Bach, Corneo, Steiner: From Bottom to Top: The Entire Distribution of Market Income in Germany, 1992 - 2001. DIW Berlin Discussion Papers 683.

# Spitzenverdiener in Deutschland 1992-2001

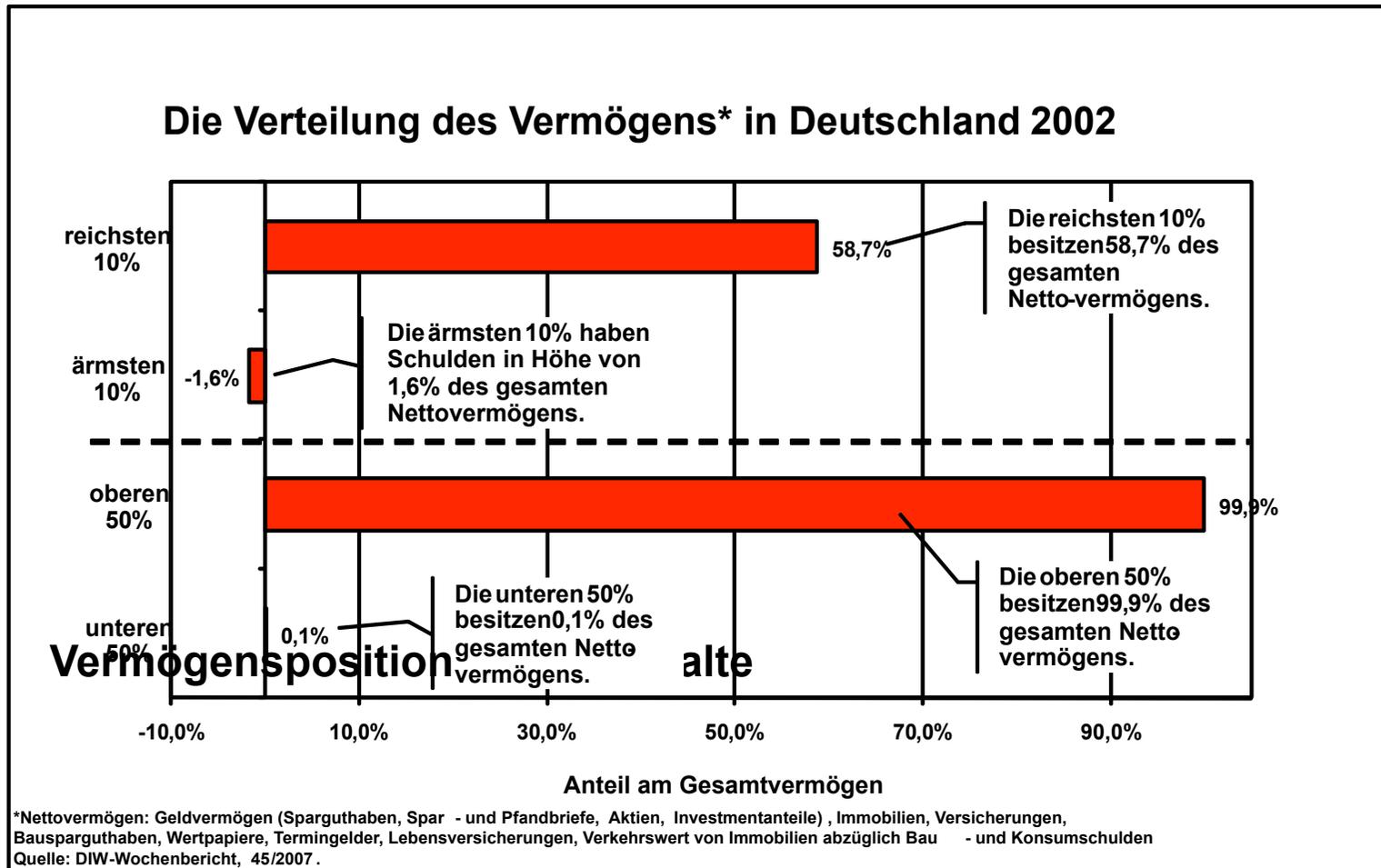
Entwicklung der Markteinkommen der Spitzenverdiener  
1992-2001  
Index 1992 = 100



Markteinkommen der Spitzenverdiener in Deutschland 1992-2001  
Durchschnittseinkommen in 1000 € zu Preisen v. 2000

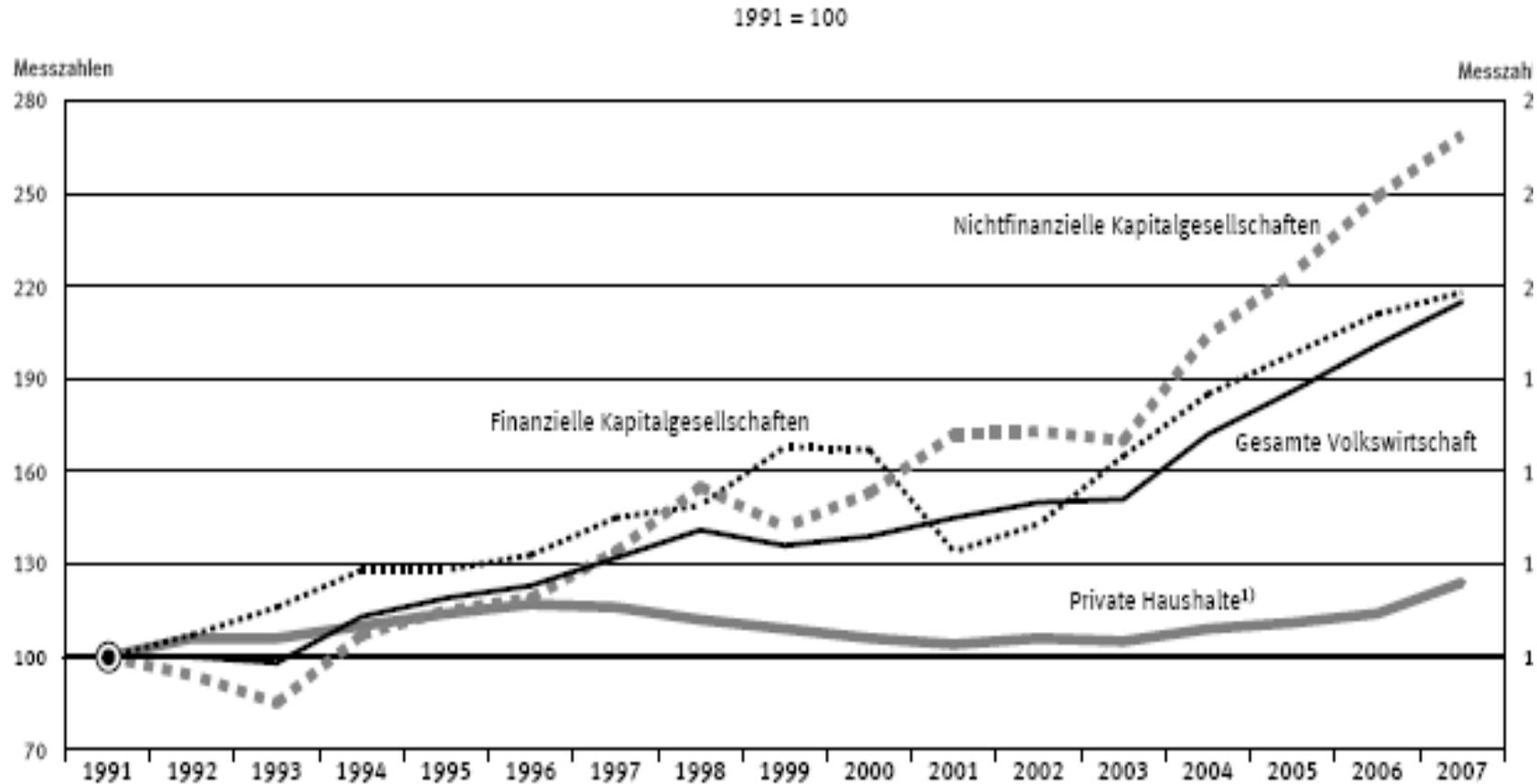
Jahr	1992	1995	1998	2001
Top 10%	78	77	80	83
Top 1%	225	210	230	240
Top 0,1%	838	762	868	914
Top 0,001%	11083	11721	14280	14981
Top 0,001%	31438	39051	47230	48152

# Wenige haben fast alles



# Explosion der Gewinnquote

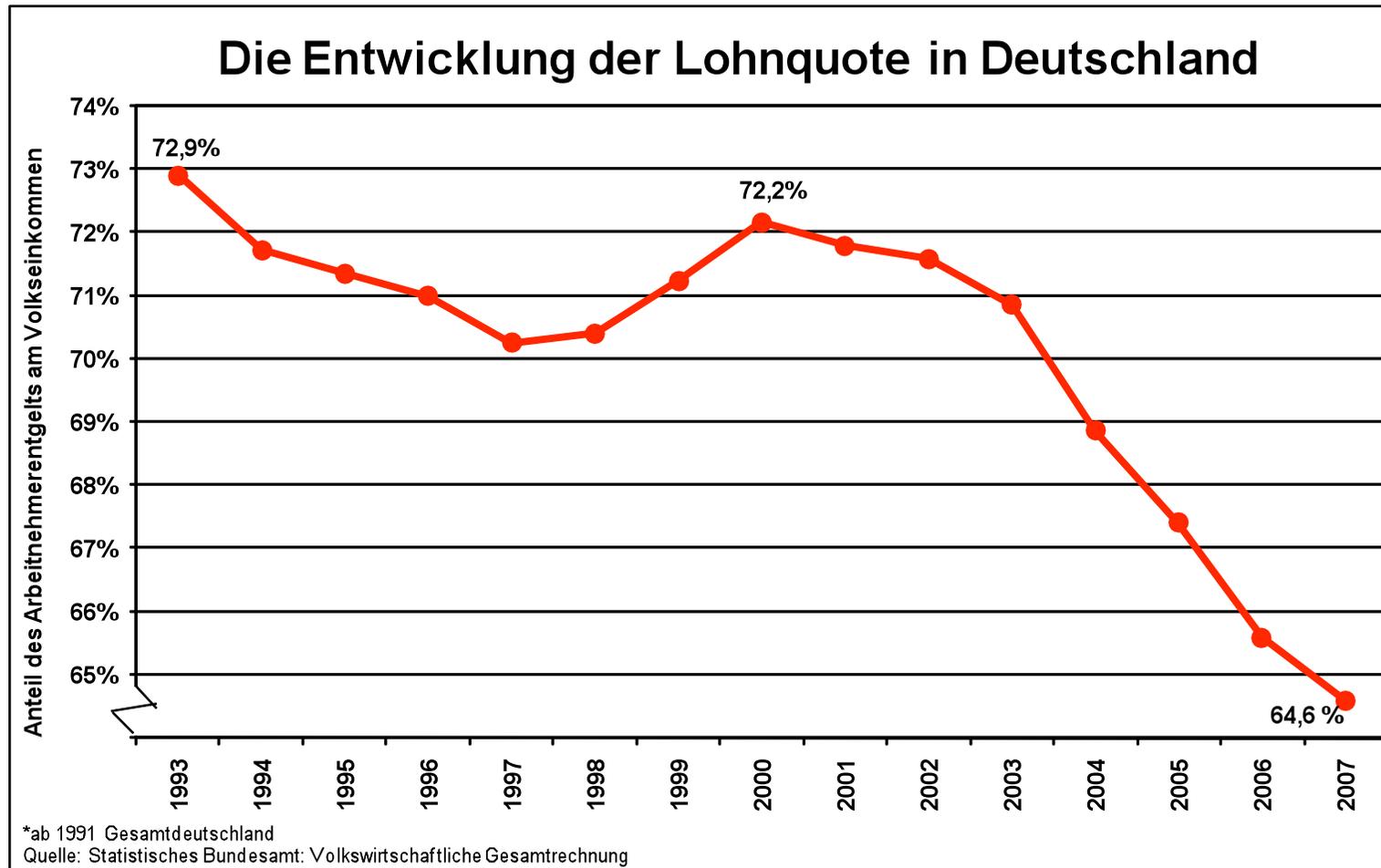
## Anteil der Gewinne und Vermögen am Volkseinkommen



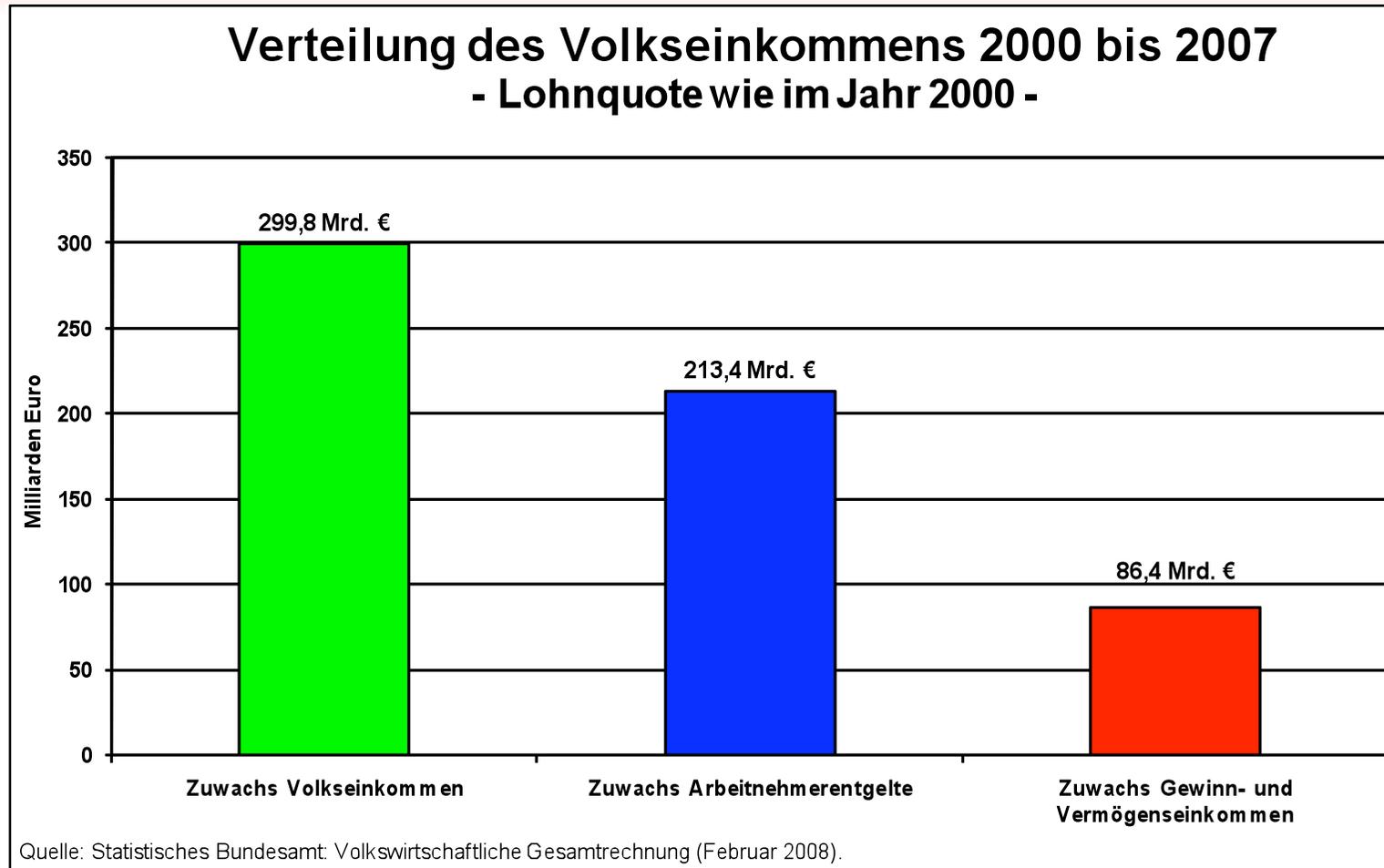
1) Einschl. Privater Organisationen ohne Erwerbszweck, ohne Eigennutzung von Wohneigentum.

# Absturz der Lohnquote

## Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen

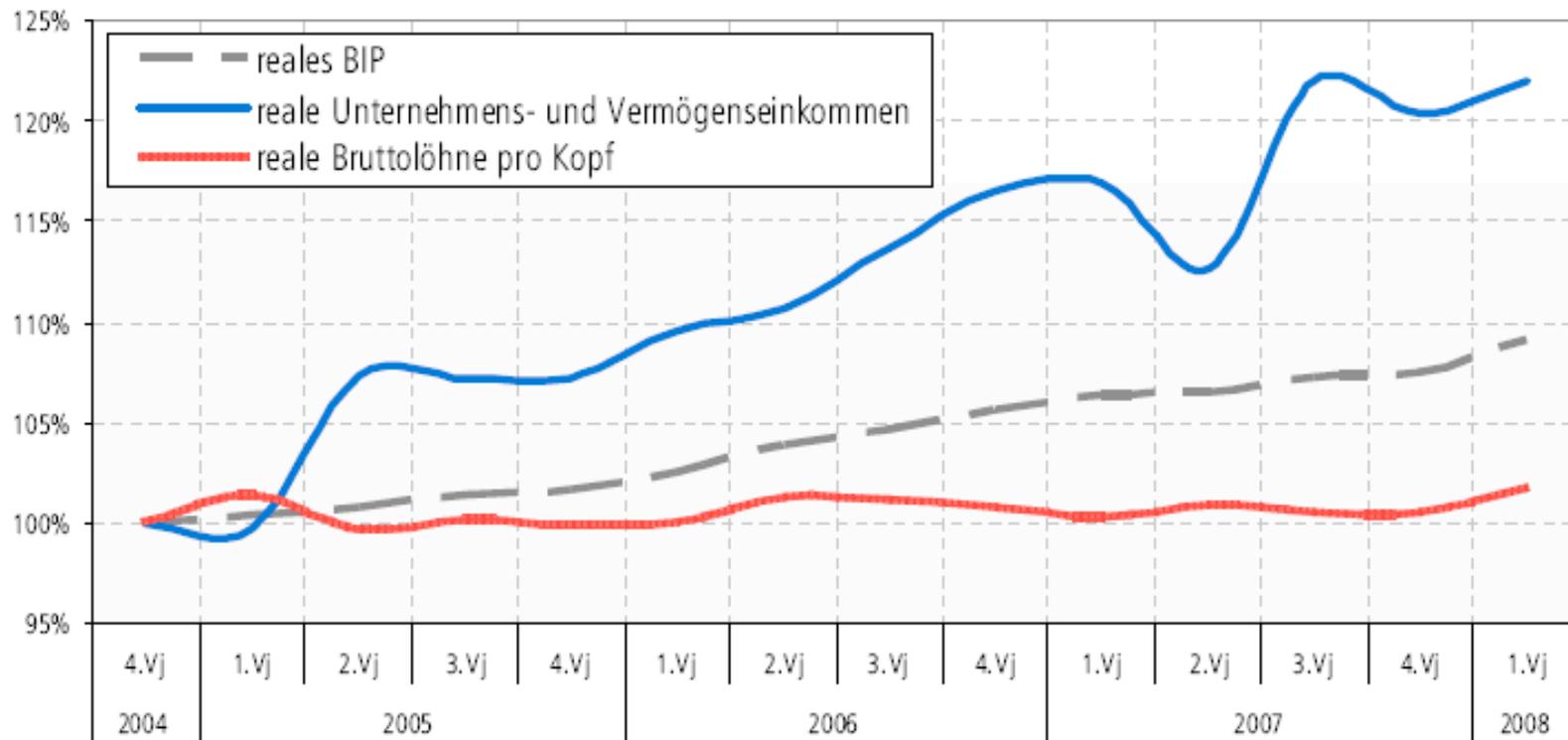


# Wenig für viele – viel für Wenige



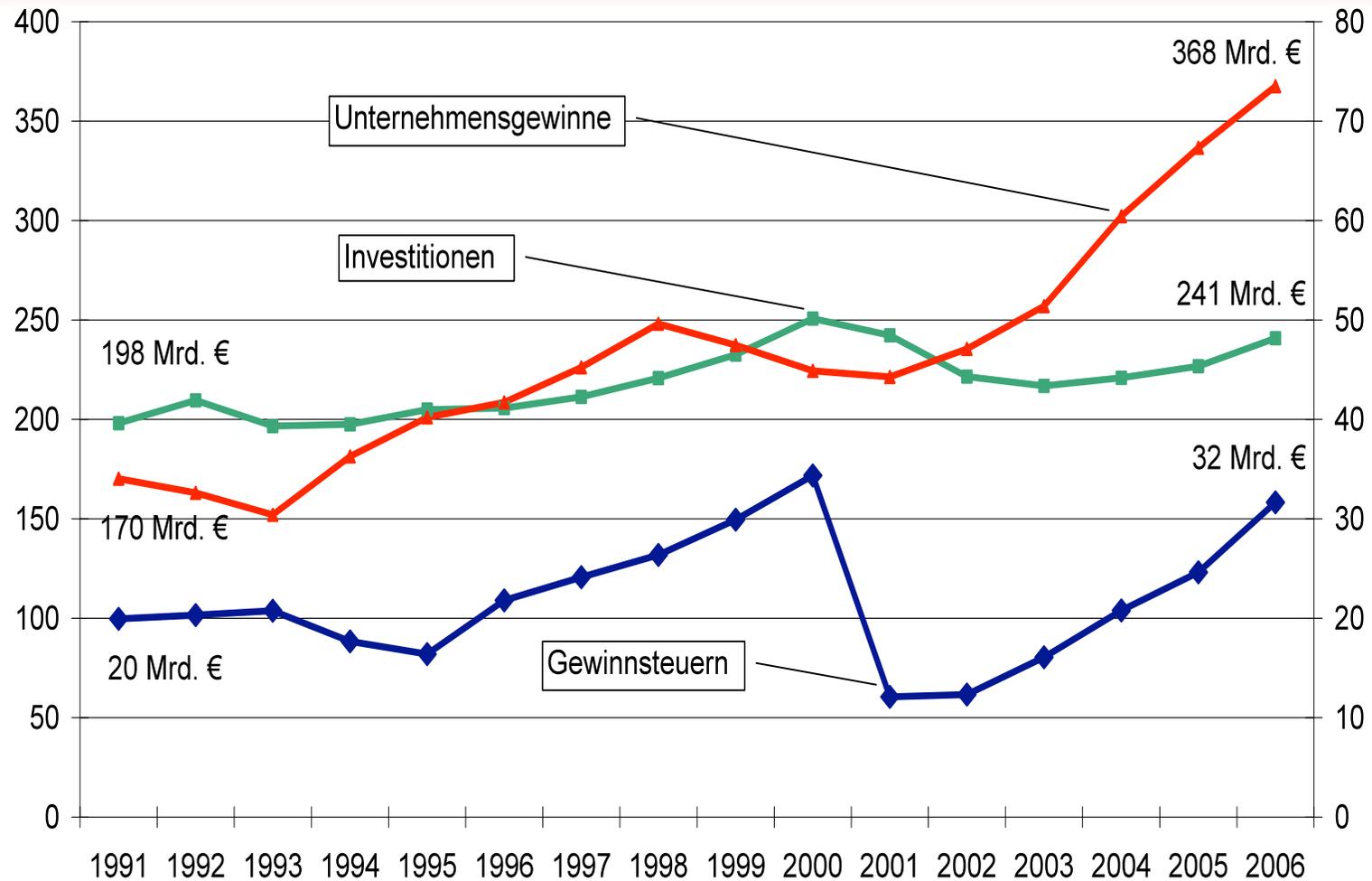
# Aufschwung nur für Unternehmen und Vermögende

indiziert (IV. Quartal 2004 = 100%)



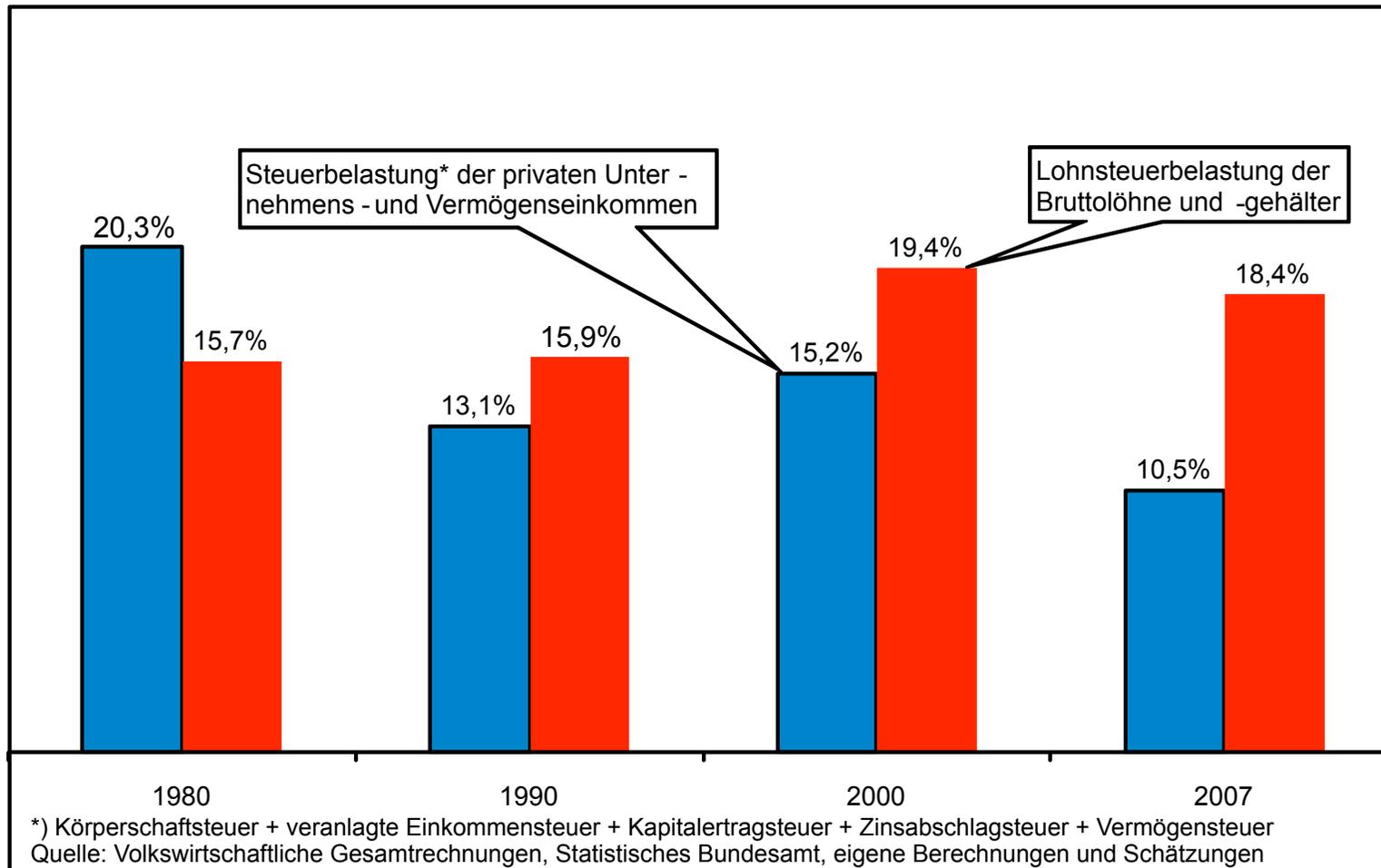
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK

# Gewinne, Steuern, Investitionen

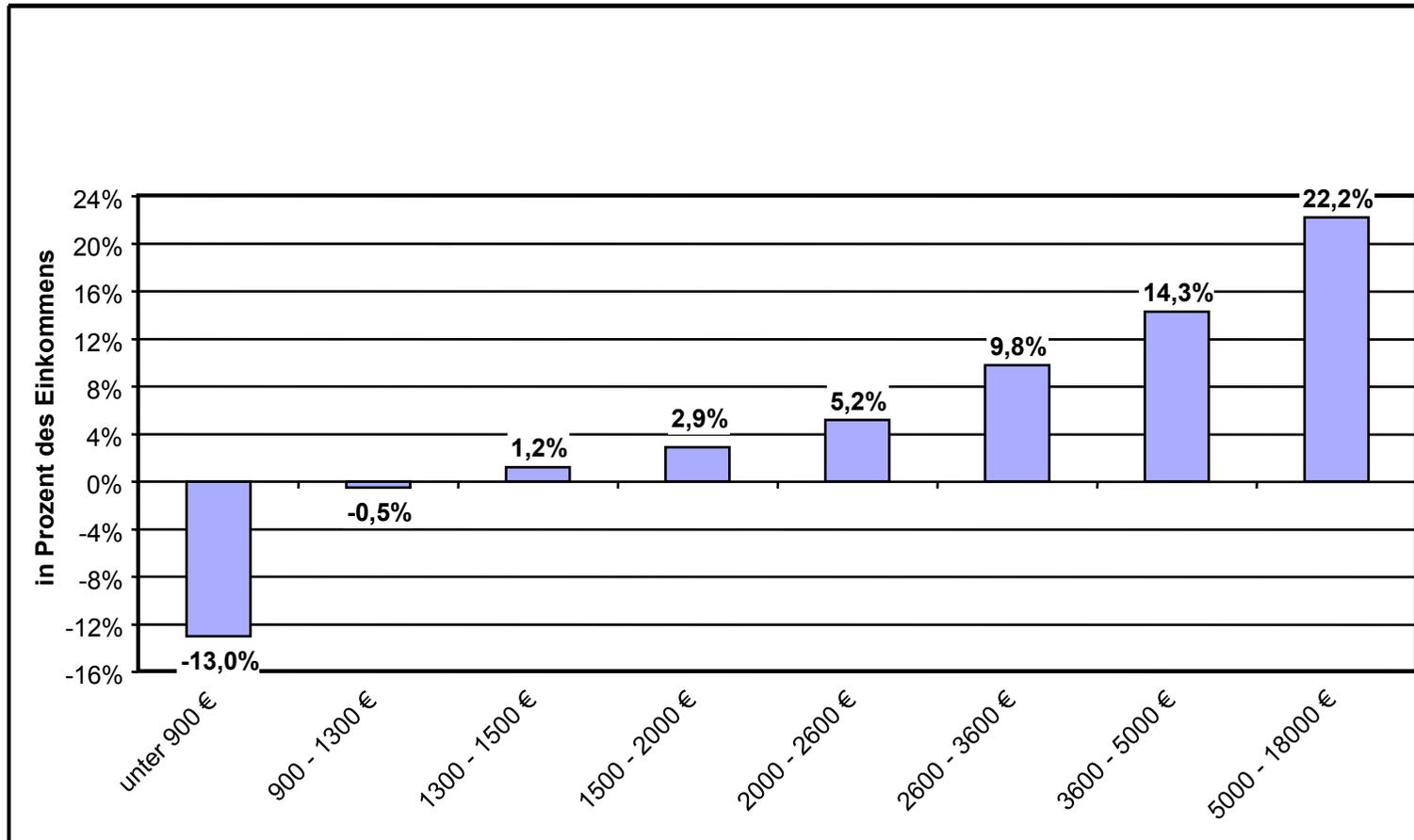


Quelle: Statistisches Bundesamt. Gewinne der Kapitalgesellschaften ohne empfangene Ausschüttungen und Entnahmen.

# Steuerentlastung der Gewinne und Vermögen/ Steuerbelastung der Löhne



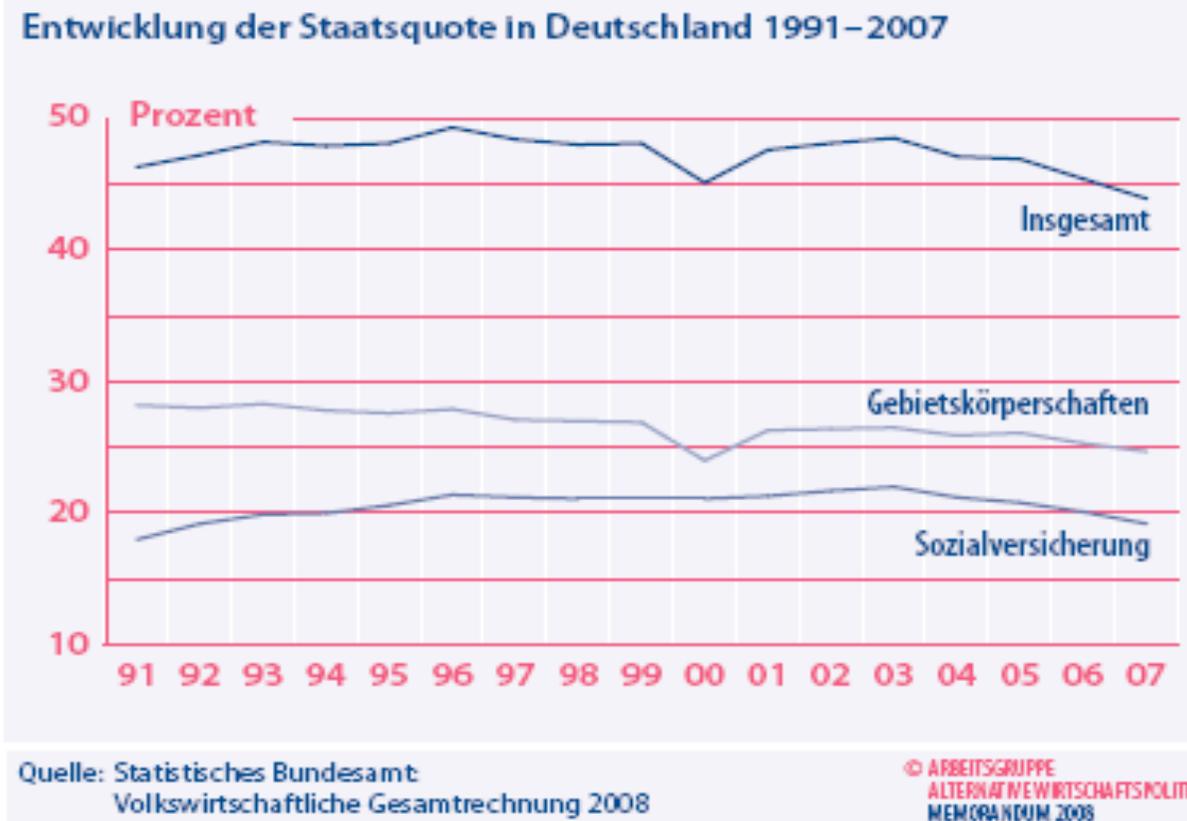
# Sparquoten nach Nettoeinkommensklassen



Quelle: Statistisches Bundesamt: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Bundes (EVS) 2003

# Staatsquote (I)

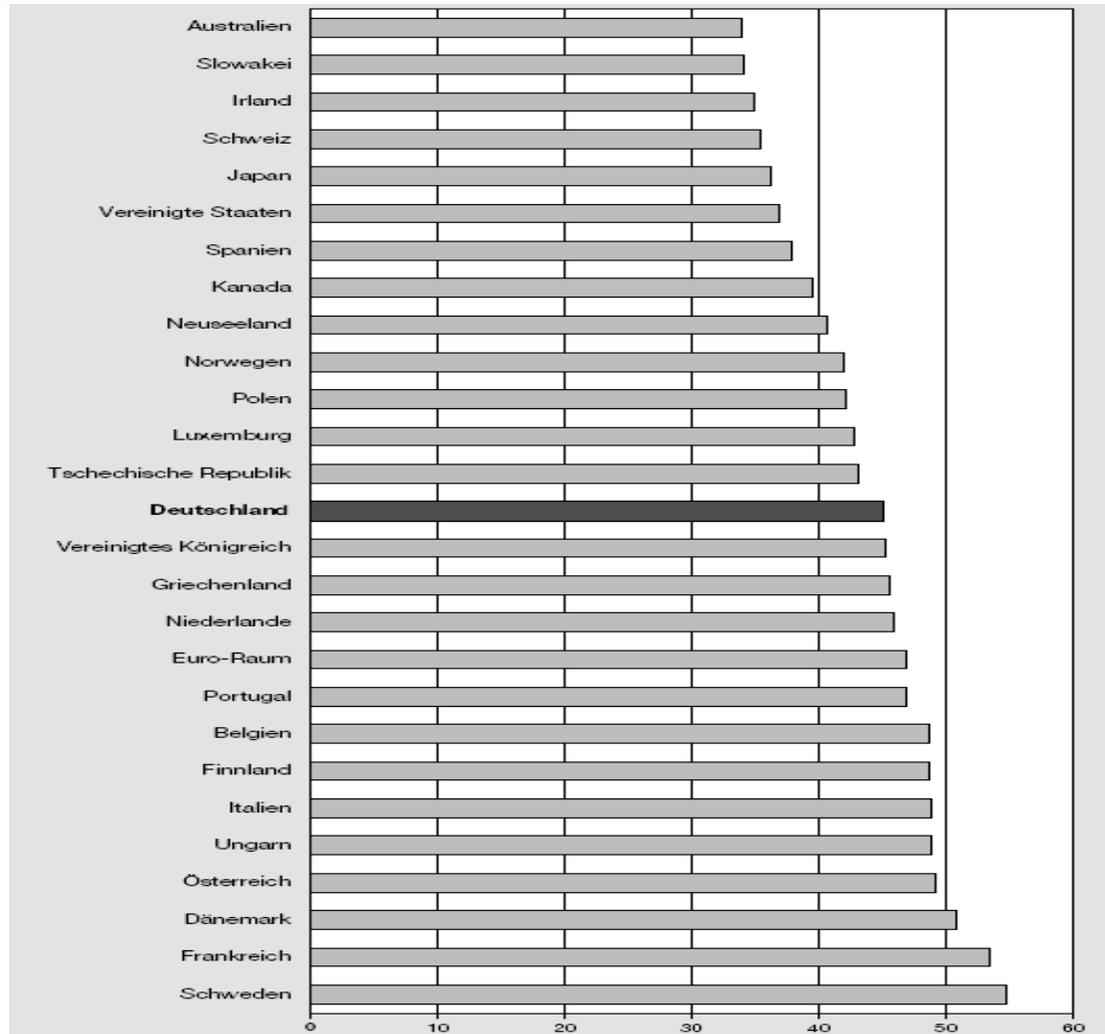
In Prozent des BIP



# Staatsquote (II)

Internationaler Vergleich 2007

In Prozent des BIP

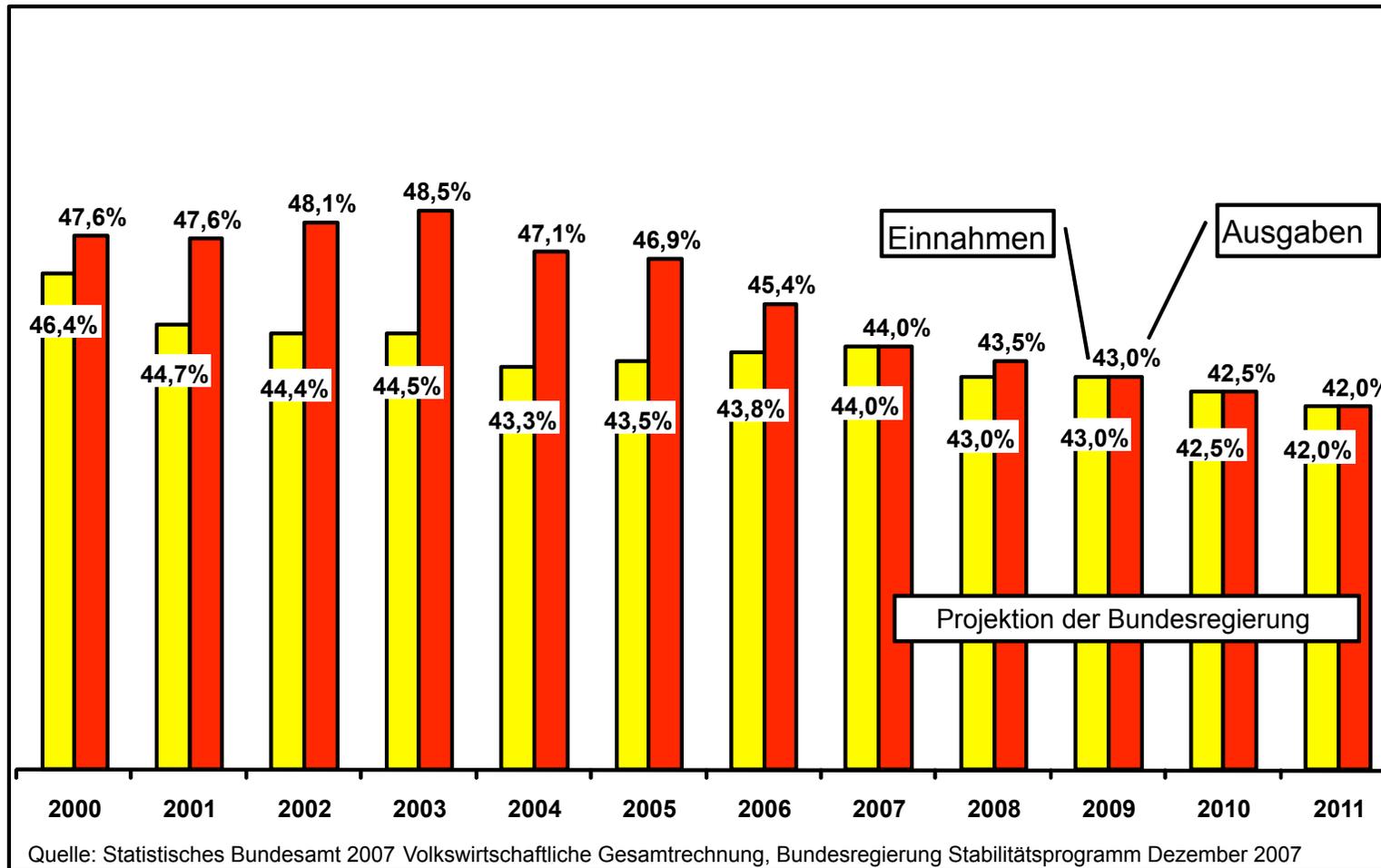


Angaben in Relation zum nominalen BIP

Quelle: Schätzung der OECD (Economic Outlook 80)

# Abbau des Sozialstaats

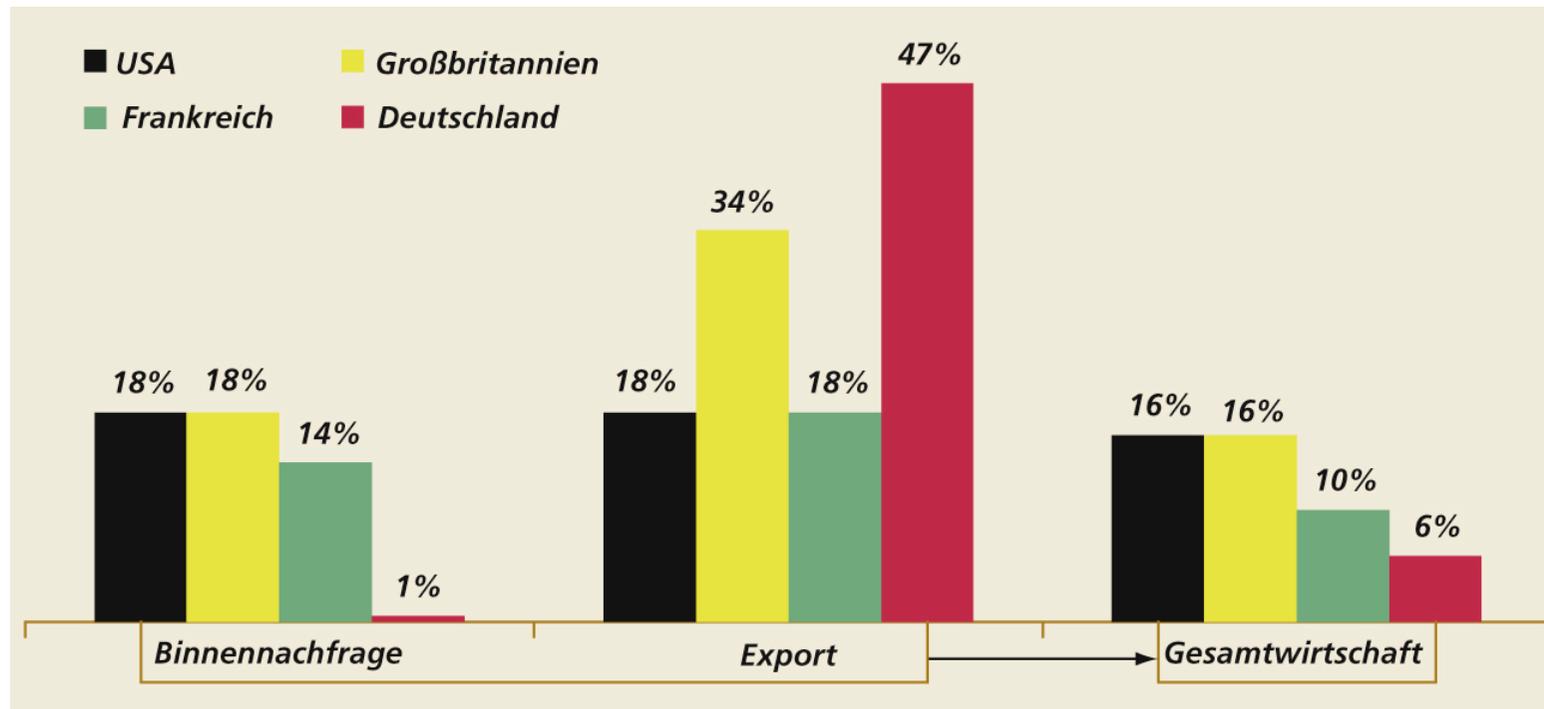
## Anteil von Staat und Sozialversicherungen am BIP



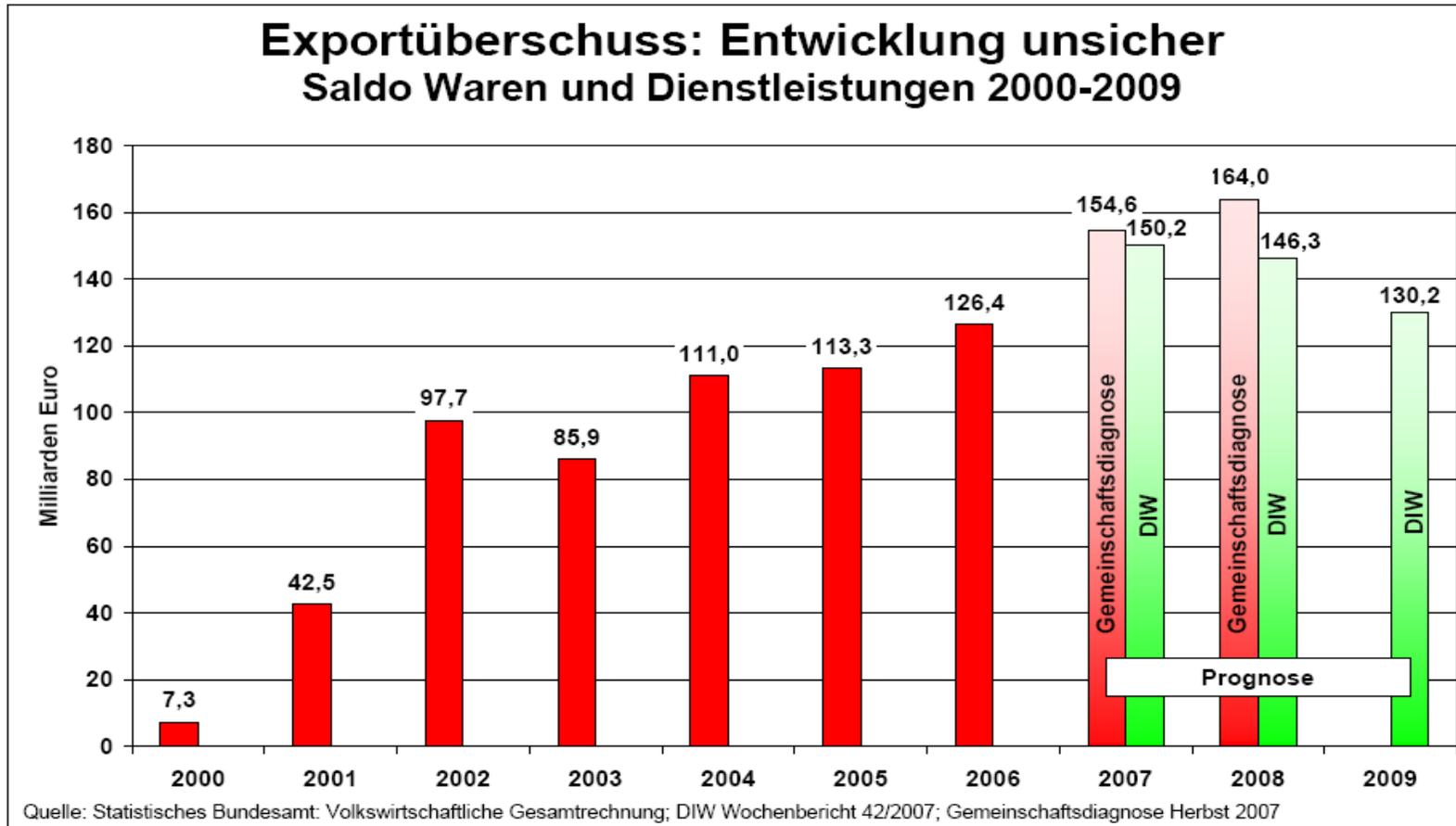
# Nachfragekomponenten

## Internationaler Vergleich

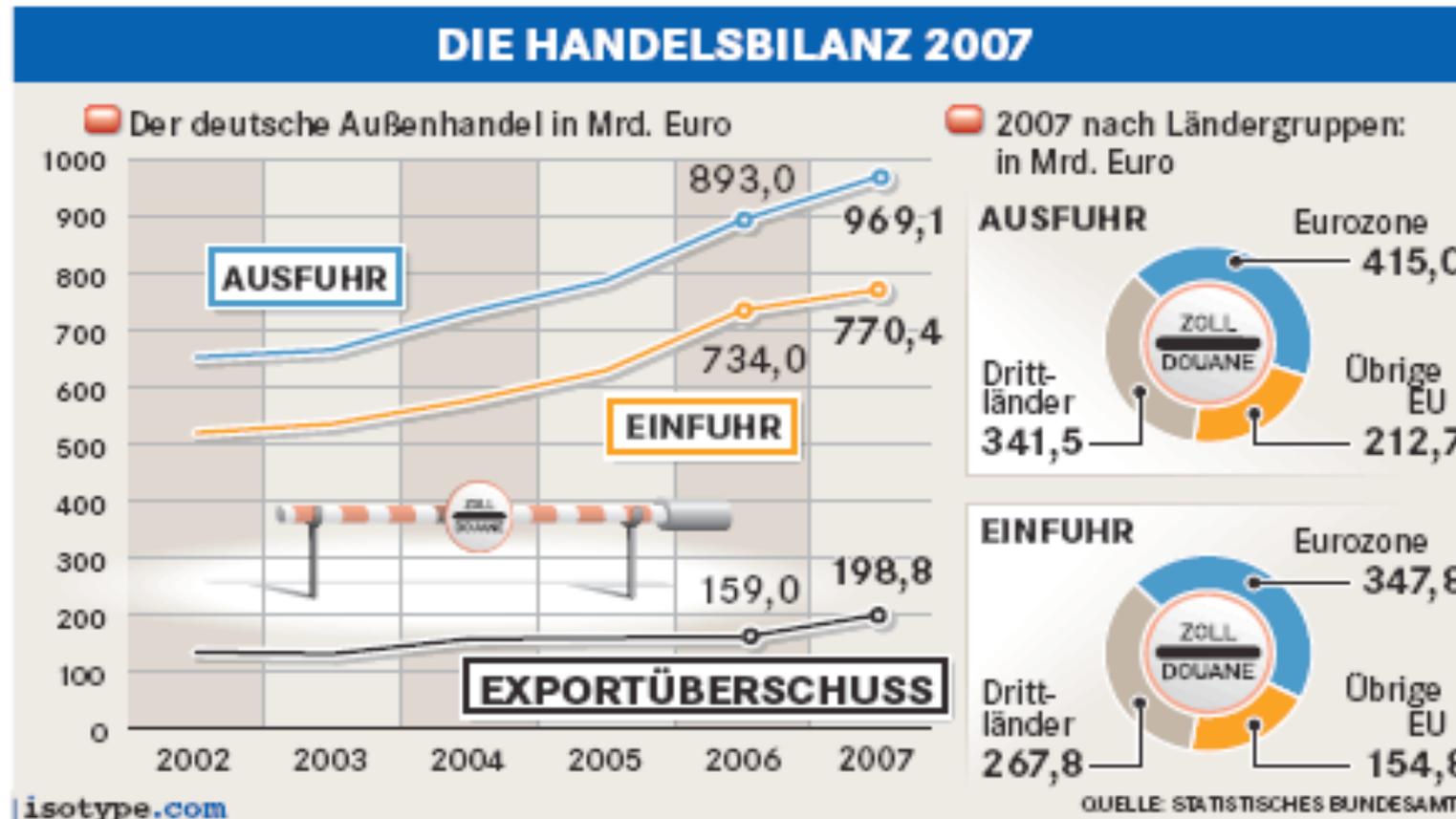
Reales Wachstum der Nachfragekomponenten 2001-2006



# Exportweltmeister?

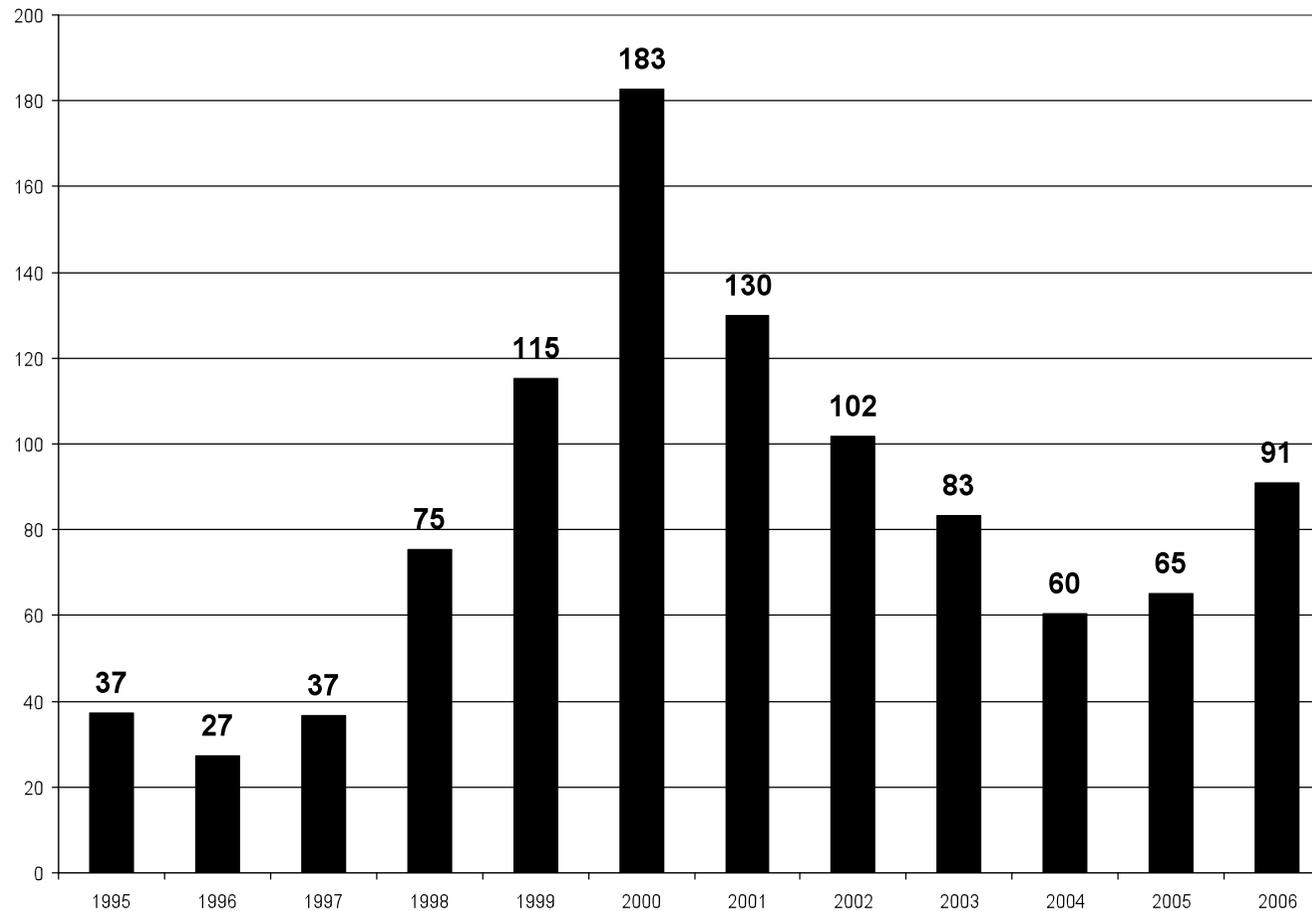


# Regionale Entwicklung des deutschen Außenhandels



# Deutsche Direktinvestitionen im Ausland

## Neuanlagen in Mrd. €

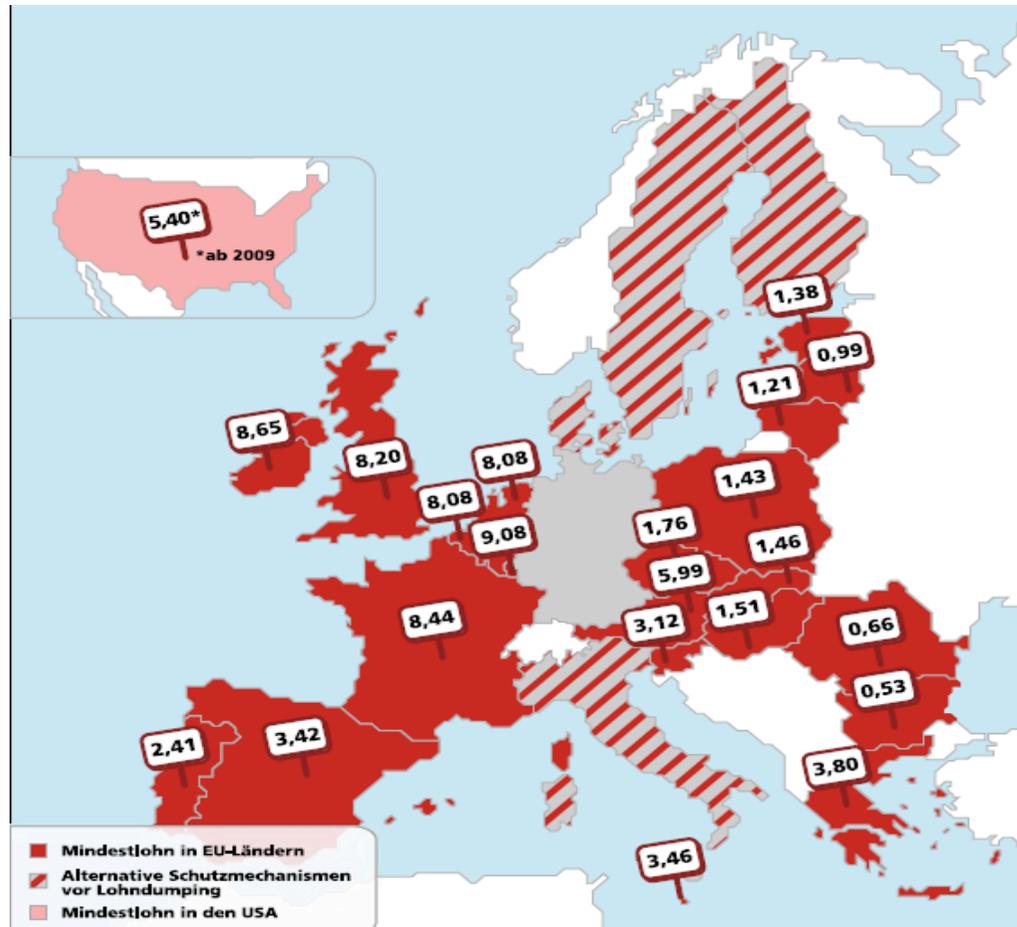


Quelle: Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, eigene Berechnungen

# WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ALTERNATIVEN

1. Gesetzlicher Mindestlohn und mindestens verteilungsneutrale Einkommenspolitik
2. Gute Arbeit – Gutes Leben:  
Prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen
3. Zukunftsinvestitionsprogramm
4. Arbeitszeitverkürzung
5. Öffentlich geförderte Beschäftigung
6. Armutsfeste Grundsicherung

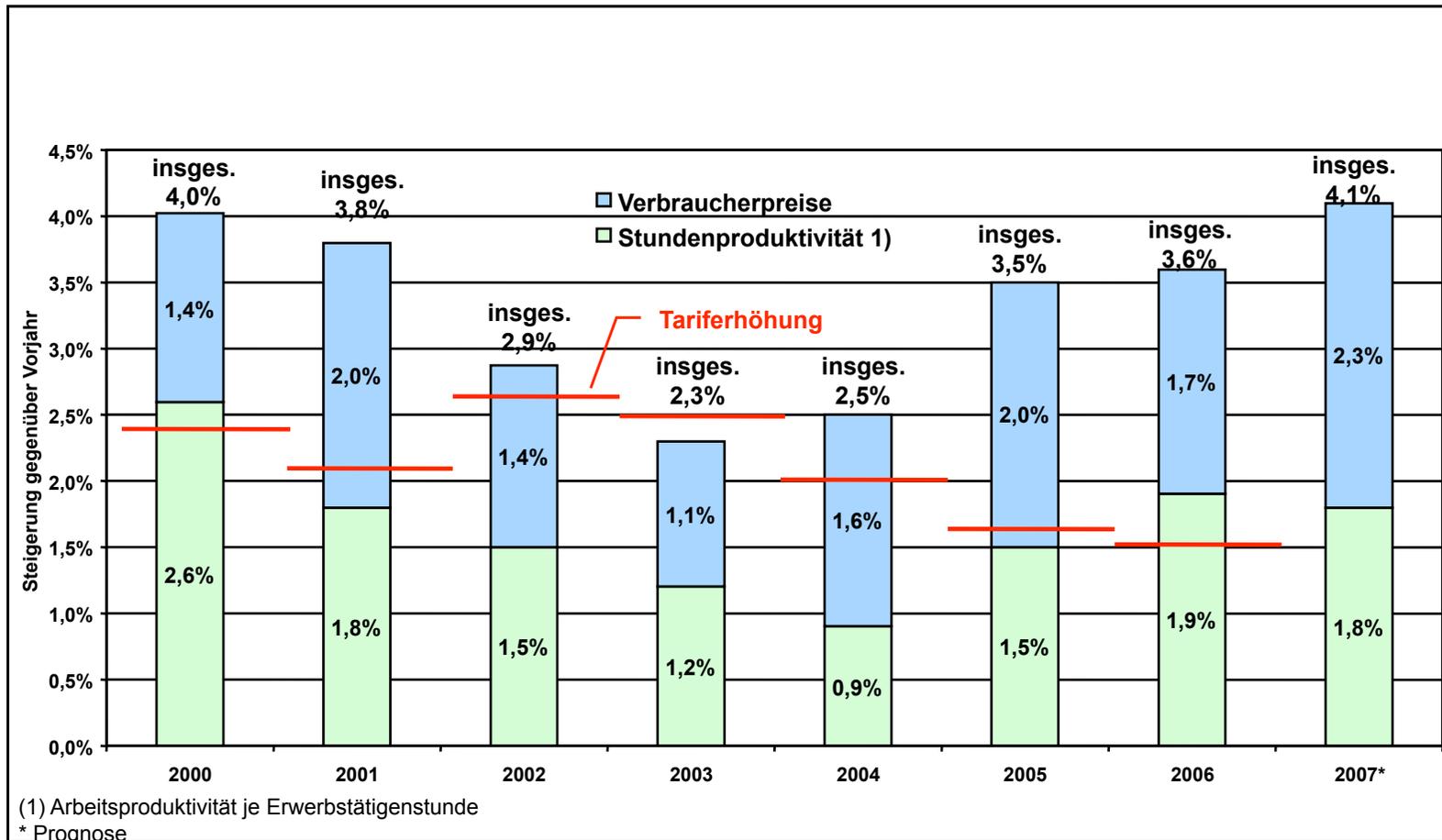
# 1. Gesetzliche Mindestlöhne in EU und USA (brutto/ Stunde)



# Unser Mindestlohn-Vorschlag

- Einstieg mit 8,71 Euro (brutto) für alle in Deutschland Beschäftigten
- Möglichkeit einer zeitlich befristeten, stufenweisen Einführung in Branchen mit geringem Lohnniveau
- Jährliche Anpassung des Mindestlohns:  
Einkommen aus Vollzeit oberhalb der Grenze für Armutslöhne
- Allgemeinverbindlichkeit tariflich vereinbarter Mindestentgelte, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen
- Beratung der Bundesregierung bei Einführung und Anpassung des Mindestlohns durch einen Mindestlohnrat  
(Tarifparteien und Wissenschaft)
- Kontrollmechanismen, Sanktionen und Verbandsklagerecht

# Unter den Möglichkeiten: Verteilungsspielraum und Ausschöpfung



## →2. Die fünf wichtigsten Aspekte guter Arbeit Die Sicht der Beschäftigten

**1. Festes,  
verlässliches  
Einkommen**

**2. Sicherheit  
des  
Arbeitsplatzes**

**3. Arbeit soll  
Spaß  
machen**

**4. Behandlung „als  
Mensch“ durch  
Vorgesetzte**

**5. Unbefristetes  
Arbeitsverhältnis**

## → 2. Grundsätze Guter Arbeit:

- ▶ Gute Arbeit ist sicher: rechtlich, sozial und gesundheitlich
- ▶ Von Guter Arbeit kann man gut leben
- ▶ Gute Arbeit hat Maß → Arbeitszeitverkürzung
- ▶ Gute Arbeit ist demokratisch, daher Mitbestimmung auch in wirtschaftlichen Fragen
- ▶ Gute Arbeit stellt Männer und Frauen gleich
- ▶ Gute Arbeit bietet Gestaltungsspielräume für unterschiedliche Lebensentwürfe

## → 2. Ein Programm für Gute Arbeit (I)

*Gute Arbeit*

### **Gesamtumfeld**

- ▶ Gesetzlicher Mindestlohn
- ▶ Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen stoppen bzw. rückgängig machen

### **Standards stärken**

- ▶ Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose wieder einführen
- ▶ Regelsatz des Arbeitslosengeld II auf mindestens 435 erhöhen
- ▶ Leiharbeit bis maximal 6 Monate begrenzen und dabei gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ▶ Keine befristeten Arbeitsverhältnisse ohne triftige Begründung

## → 2. Ein Programm für Gute Arbeit (II)

Gute Arbeit

### ... Standards stärken

- ▶ Scheinselbständigkeit zurückdrängen, in die Scheinselbstständigkeit Gedrängte unterstützen und in die Sozialsysteme zurückholen.
- ▶ Solo-Selbständige ebenfalls in die sozialen Sicherungssysteme aufnehmen
- ▶ Subventionierung geringfügiger Beschäftigung beenden
- ▶ Praktika als Lernverhältnisse gesetzlich schützen und vergüten
- ▶ Kündigungsschutz verbessern
- ▶ Allgemeingültigkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern, Aufhebung der Veto-Option der Arbeitsgeber
- ▶ Öffentliche Auftragsvergabe an Vergaberichtlinien binden

## → 2. Ein Programm für Gute Arbeit (III)

*Gute Arbeit*

### **Kollektive Mitbestimmung ausweiten - Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten stärken**

- ▶ Abschaffung Anti-Streikparagraph
- ▶ Streikrecht bei Übernahmen und Verlagerungen
- ▶ Verbandsklagerecht für Gewerkschaften
- ▶ Vetorecht für Betriebsräte bei Übernahmen und Fusionen
- ▶ Mehr Unternehmensmitbestimmung

# 3. Zukunftsinvestitionsprogramm

- Öffentliche Bedarfe in den Kernbereichen der Gesellschaft (Bildung, Gesundheit, Umwelt, Infrastruktur) werden durch Bund, Länder und Kommunen gedeckt.
- Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von jährlich 50 Mrd. Euro schafft 1 bis 1,2 Mio. Arbeitsplätze im ökologischen Umbau und in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen.
- Öffentliche Investitionen und Ausgaben schaffen Aufträge vor allem für KMU und im öffentlichen Dienst.
- Zukunftsinvestitionsprogramm finanziert sich selbst, stabilisiert die öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme.

# Kommunaler Investitionsbedarf 2006-2020

	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer und Berlin			Deutschland	
	in Mrd. Euro	in %	in Euro/EW	in Mrd. Euro	In %	In Euro/EW	in Mrd. Euro	In %
Trinkwasser	21,5	3,9	327	7,5	4,7	447	29,0	4,1
Abwasser	45,8	8,4	697	12,4	7,8	740	58,2	8,3
Verwaltungsgebäude	16,9	3,1	257	2,9	1,8	173	19,8	2,8
Krankenhäuser	23,7	4,3	361	7,2	4,5	429	30,9	4,4
Schulen	61,1	11,2	930	11,9	7,5	712	73,0	10,4
Sportstätten	27,1	5,0	413	8,1	5,1	483	35,2	5,0
Straßen	118,3	21,7	1.801	43,3	27,3	2.581	161,6	23,0
ÖPNV	30,4	5,6	463	8,0	5,1	477	38,4	5,5
Städtebau	6,3	1,2	96	3,8	2,4	226	10,1	1,4
Sonstige Bereiche	160,0	29,3	2.436	48,4	30,6	2.885	208,4	29,6
Erwerb von Grundvermögen	34,7	6,4	528	4,8	3,0	286	39,5	5,6
Summe	545,8	100,0	8.309	158,4	100,0	9.439	704,1	100,0

Quelle: Schätzungen des Difu.

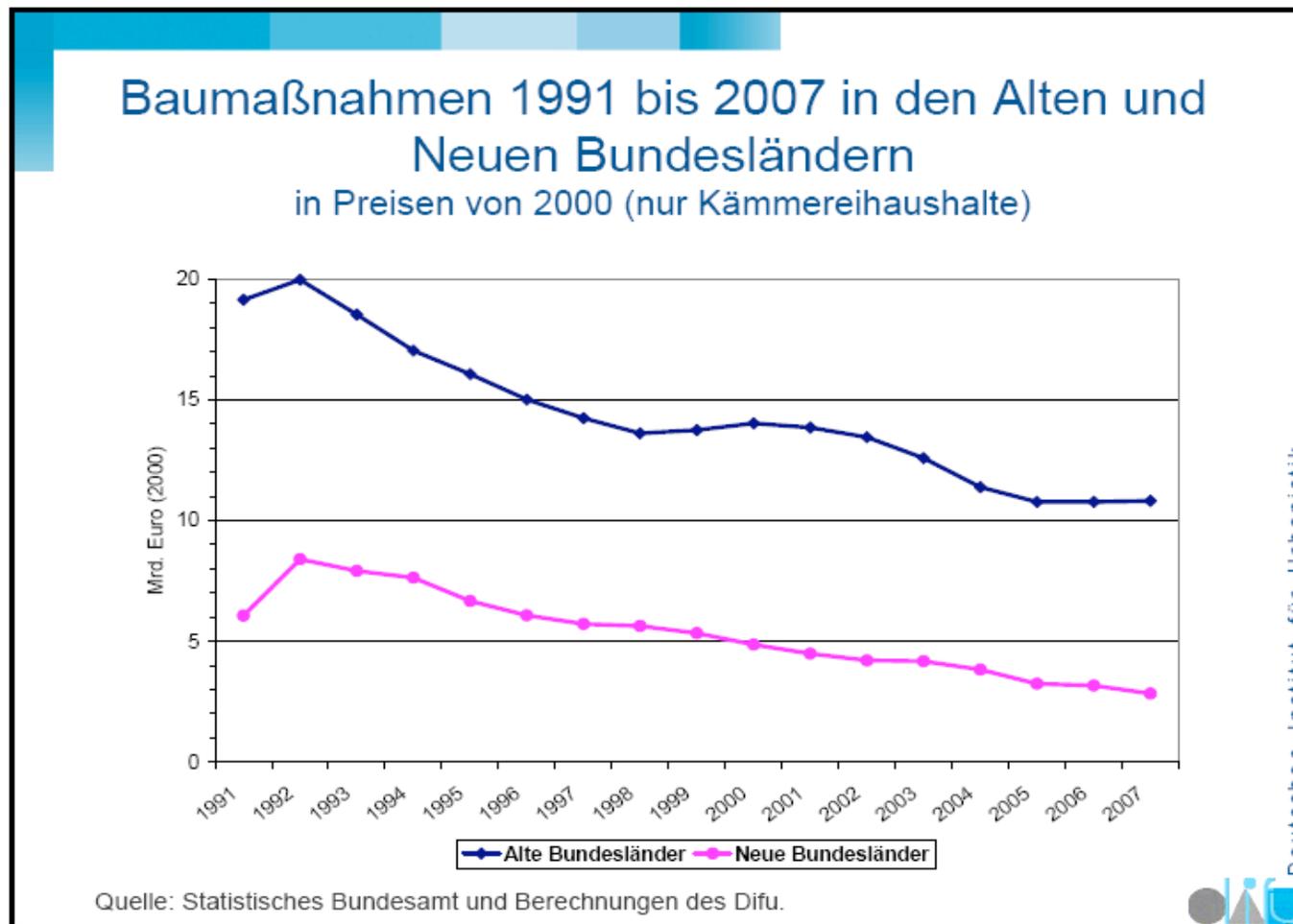
# Bestandteile des Investitionsbedarfs

- **Nachholbedarf:**  
z.B. unbefestigte Straßen in Stand setzen
- **Erweiterungsbedarf:**  
z.B. Gebäude energieeffizient sanieren
- **Ersatzbedarf:**  
z.B. medizintechnische Geräte ersetzen

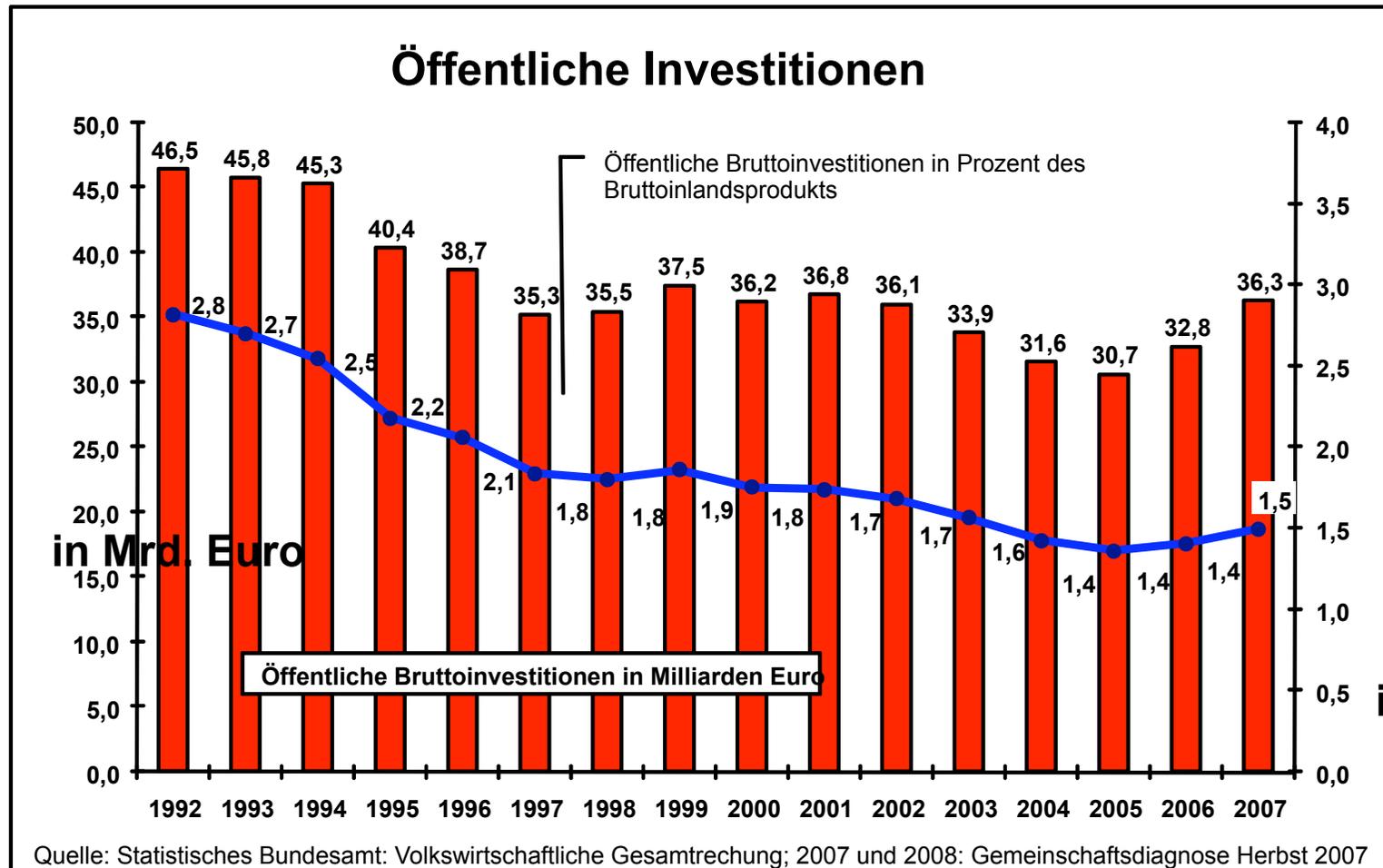
# Investitionsbedarf in Ost und West

- **Beispiel Abwasserbeseitigung:**  
Erweiterungsbedarf im Osten, hoher Ersatzbedarf der Kanalnetze im Westen
- **Beispiel Schulen:**  
In Ost wie West energieeffizienter Erweiterungsbedarf, Ersatzbedarf von Bauten der 70er Jahre und Nachholbedarf im Brandschutz

# Seit 1992: Absturz der realen kommunalen Investitionen



# Viel zu wenig öffentliche Investitionen

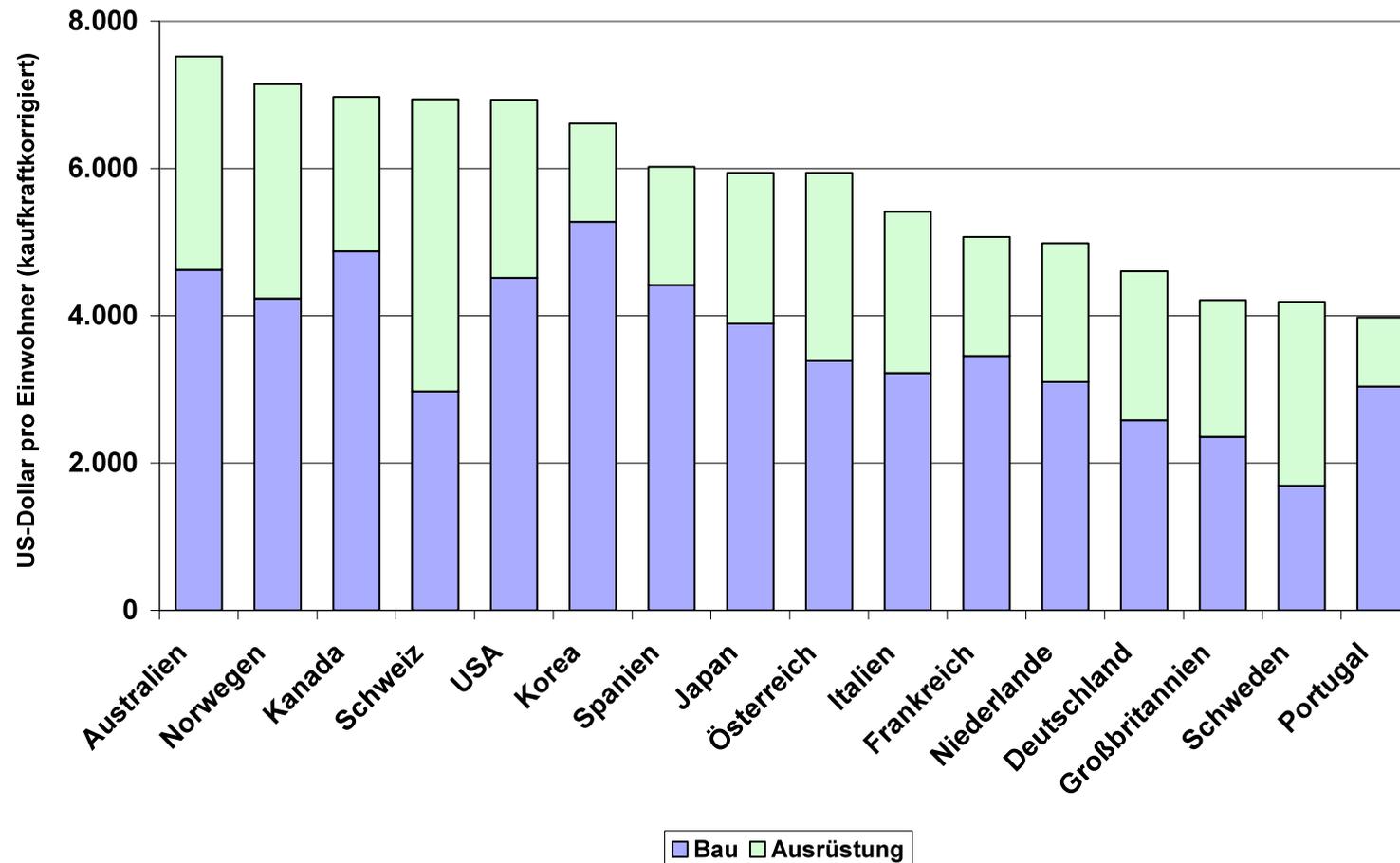


# Bruttoanlageinvestitionen 2005 pro Einwohner

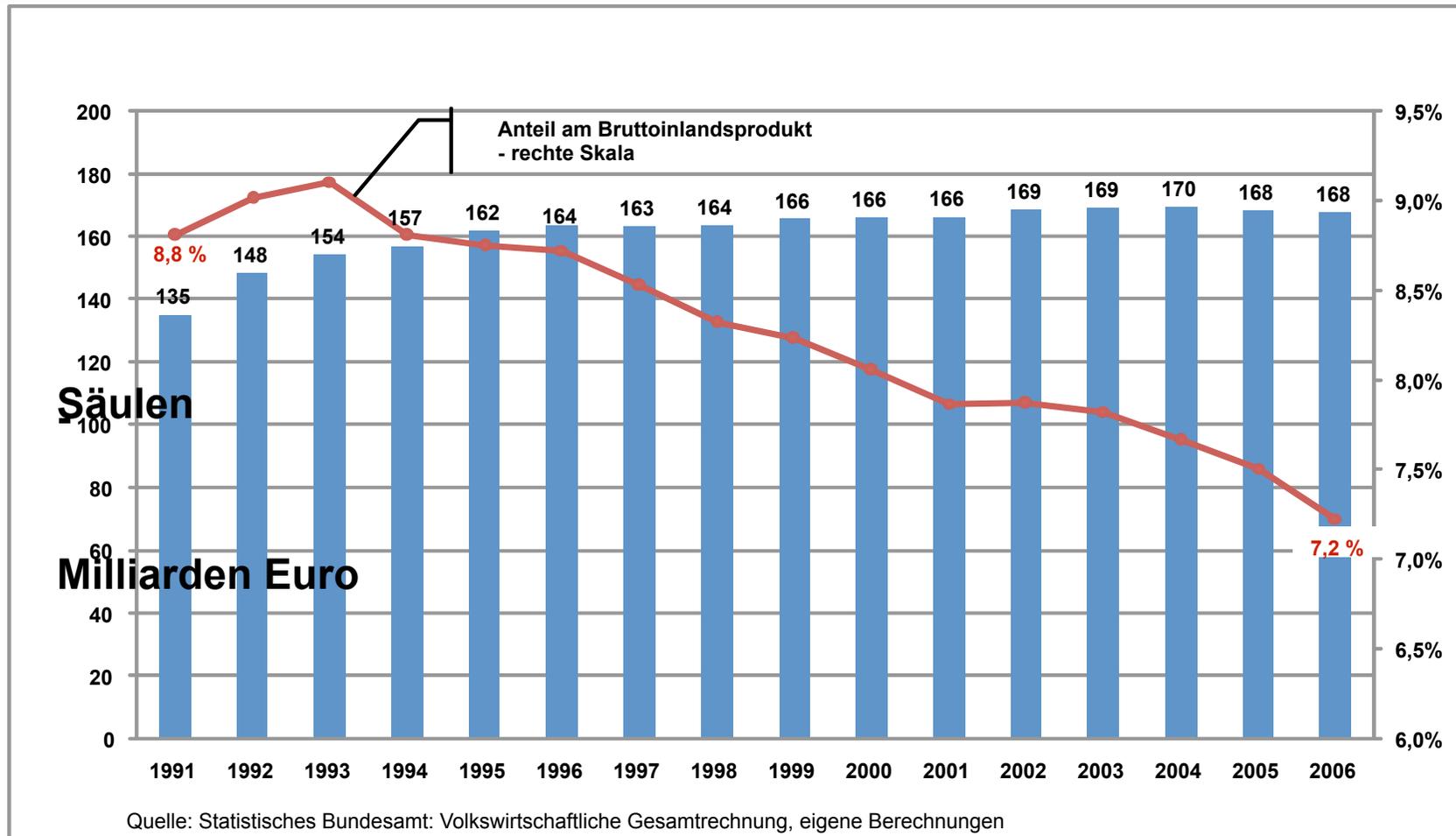
(kaufkraftkorrigiert)

## Internationaler Vergleich

Quelle: Weltbank 2008.

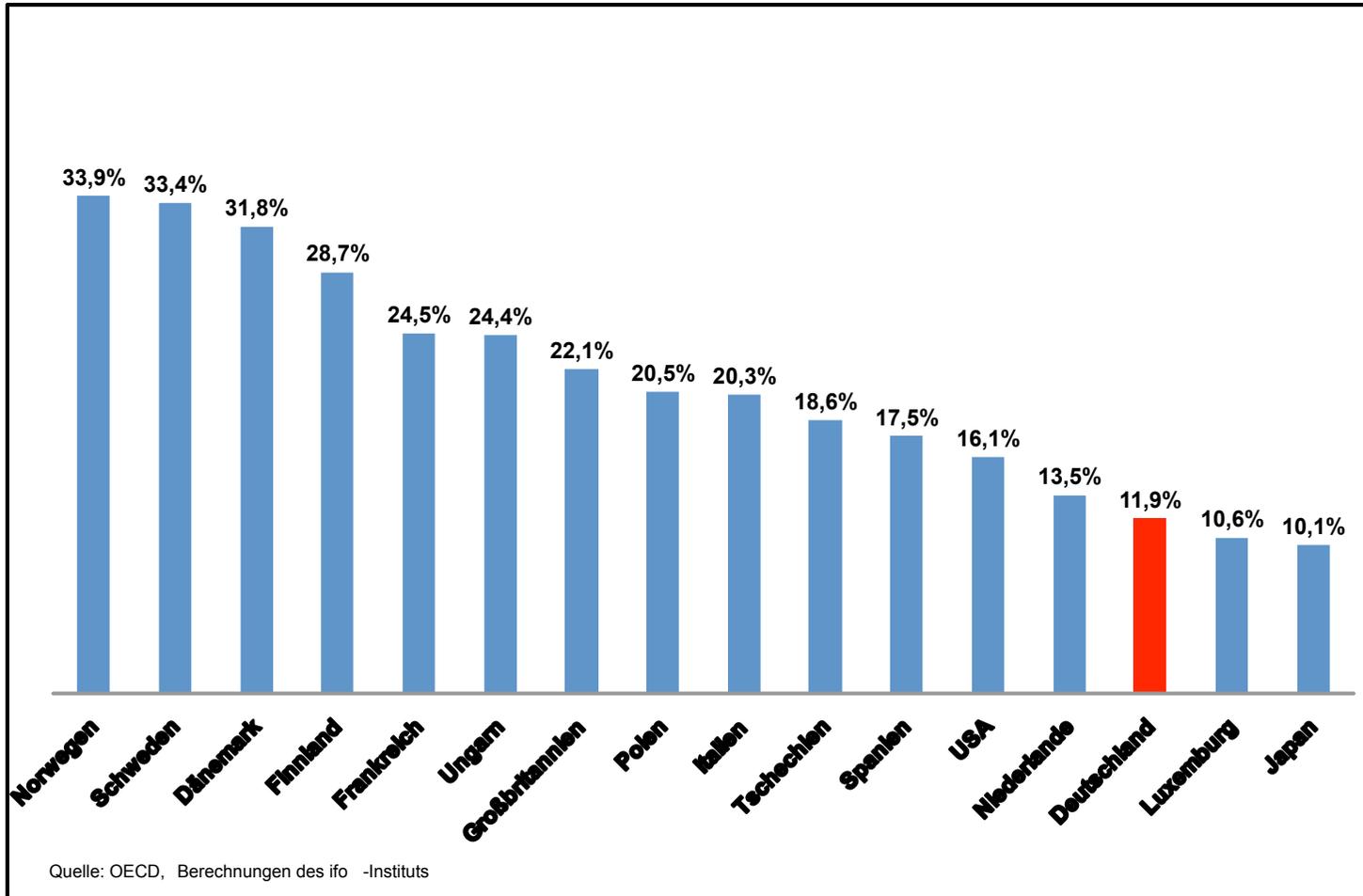


# Personalausgaben des Staates



# Schlanker Staat

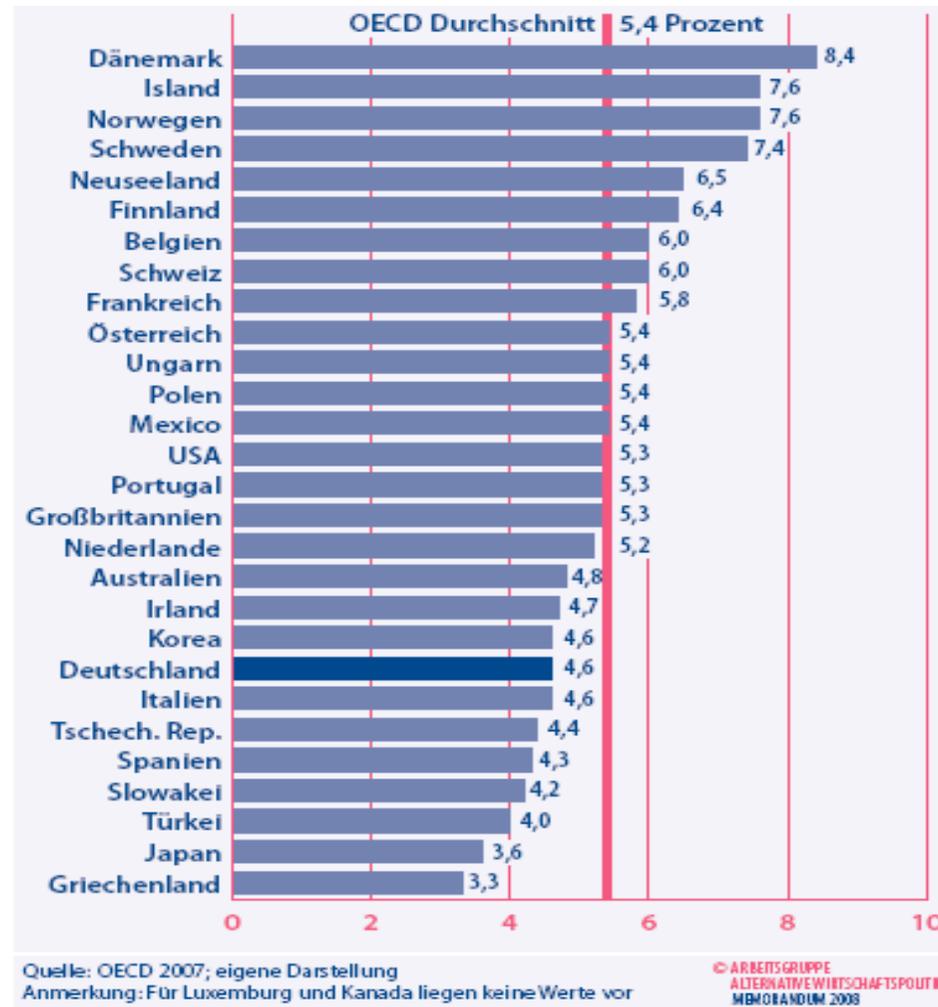
Anteil öffentlich Beschäftigter an allen Beschäftigten  
Internationaler Vergleich



# Öffentliche Bildungsausgaben

## Internationaler Vergleich

2004, in Prozent des BIP



# Versuchte Flucht aus dem Budget (I)

Öffentlich private Partnerschaften (ÖPP) – Public Private Partnerships (PPP)

- Antwort auf akute Finanznot, mitverursacht durch die Steuerpolitik von Rot-Grün und Schwarz-Rot
- September 2005: Rot-Grün erleichtert gesetzliche Rahmenbedingungen
- Spannungsverhältnis zwischen Gemeinwohl und unternehmerischem Einzelinteresse
- Gefälle zwischen prosperierenden und strukturschwachen Regionen verstärkt sich tendenziell
- Gefahr von Leuchtturmprojekten für Großinvestoren
- Eingeschränkte partizipative Möglichkeiten, z.B. bei Stadtentwicklungsprojekten

## Versuchte Flucht aus dem Budget (II)

Öffentlich private Partnerschaften (ÖPP) – Public Private Partnerships (PPP)

Kurzfristige Verbesserungen bei langfristigen Folgekosten

- Kurzfristige Verbesserungen, z.B. an sanierten Schulen
- Doch private Investoren wollen Gewinne erzielen, die im Falle von PPP die Steuerzahler tragen
- PPP-Projektgesellschaften sind aufgrund großvolumiger, lang laufender Projekte zu rund 90 Prozent fremdfinanziert – bei zumeist niedrigerer Bonität als der Staat

# Der Bund ist gefordert

- Grundlegende gesamtwirtschaftliche Versäumnisse können nicht kommunalpolitisch kompensiert werden.
- Wirtschaftsförderung führt bei regionaler Konkurrenz zu Negativeffekten auf die übrigen Gebiete und erhöht den Verwaltungsaufwand.

# Investitionsprogramm für mehr Beschäftigung

(siehe Memorandum 2005)

<b>Sonderprogramm Aufbau Ost</b>	
Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur der Länder und Kommunen in Ostdtl.	15,0 Mrd. €
Zielgerichtete Investitionsförderung für ostdeutsche Unternehmen	2,5 Mrd. €
Stadtentwicklungsförderung (einschließlich Rückbau) in Ostdeutschland	2,5 Mrd. €
<b>Bildungs- und Kulturprogramm</b>	
Bildungsprogramm einschließlich Hochschulen	12,5 Mrd. €
Kultursonderprogramm	2,5 Mrd. €
<b>Ökologisches Investitionsprogramm</b>	
Eisenbahninfrastruktur	10,0 Mrd. €
ÖPNV	7,5 Mrd. €
Regionale Bahnverkehre	5,0 Mrd. €
Modernisierung Wasserver- und -entsorgung	5,0 Mrd. €
Energieeinsparung Gebäude	10,0 Mrd. €
Kraftwerke/Energieforschung	1,25 Mrd. €
Regionalhilfen/private Wirtschaft/Produktdesign	1,25 Mrd. €
<b>Insgesamt</b>	<b>75,0 Mrd. €</b>

# Zukunftsinvestitionsprogramm

## Überblick

**50 Mrd. jährlich für:**

Bildung (20)

Gesundheit (5)

Umwelt (15)

Kommunale Infrastruktur/  
Daseinsvorsorge

Öffentlich geförderte  
Beschäftigung

**So viel fließt in die Staatskasse:**

Finanztransaktionsteuer: 11,5 Mrd.

Vermögensteuer: 15 Mrd.

Erbschaftsteuer: 6 Mrd.

Gewerbsteuer: 10 Mrd.

Selbstfinanzierung: 20 Mrd.

**Das kommt zusammen: 62,5 Mrd.**

# Zukunftsinvestitionsprogramm

## Ausgaben

(siehe Gutachten im Auftrag der Linksfraktion 2007)

		Ausgaben in Milliarden Euro			
		2008	2009	2010	2011
<b>Bildung</b>	Ganztagsschulen und Kinderbetreuung Weiterbildung Hochschulen Soziale Öffnung von BAföG	12,1	12,1	12,1	12,1
<b>Gesundheit</b>	Krankenhausfinanzierung Integrierte Versorgung Prävention Industrieunabhängige Forschung Information und Beratung	8,1	8,5	8,5	9,0
<b>Umwelt</b>	Energiewende Verkehr Kanalisation	14,6	14,6	14,6	14,6
<b>Kommunen</b>	Kommunale Infrastruktur/ Daseinsvorsorge	5,0	5,0	5,0	5,0
<b>Arbeit</b>	Öffentlich geförderte Beschäftigung	3,3	6,4	10,7	10,7
<b>SUMME</b>		<b>43,0</b>	<b>46,6</b>	<b>50,9</b>	<b>51,4</b>

# Zukunftsinvestitionsprogramm

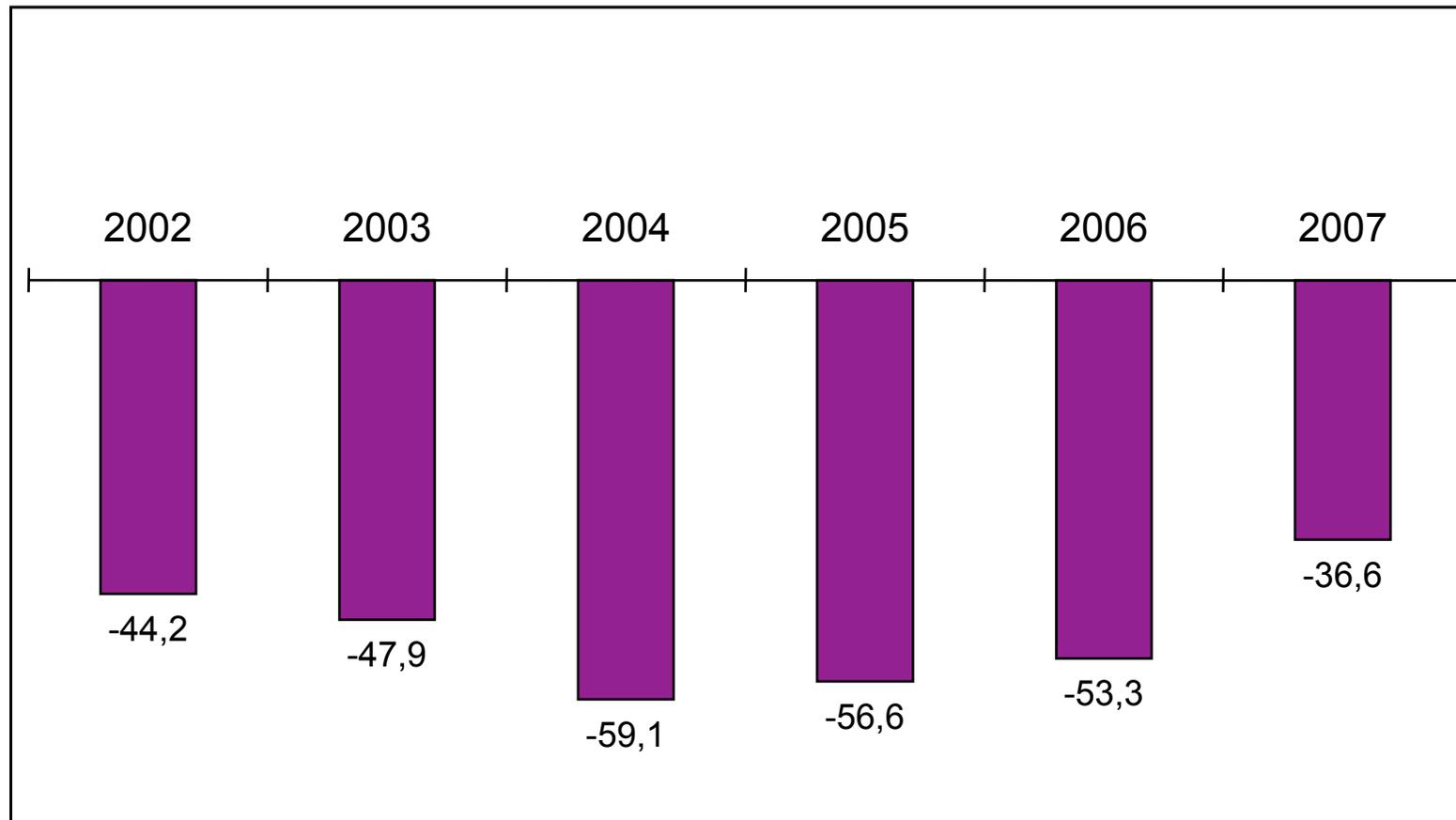
## Einnahmen (Steuern und Sozialabgaben)

(siehe Gutachten im Auftrag der Linksfraktion 2007)

		Einnahmen in Milliarden Euro			
Steuern		2008	2009	2010	2011
	(Börseumsatzsteuer)	8,3	8,5	8,4	8,3
	Vermögensteuer (langfristig 15 Mrd., ab ca. 2016)	1,1	1,9	3,5	5,1
	Erbschaftsteuer (langfristig 6 Mrd., ab ca. 2016)	0,3	1,2	2,4	3,6
	Gewerbsteuer	4,4	12,5	14,6	13,2
	<b>Selbstfinanzierung</b> (z.B. Mehreinnahmen bei der Einkommen- und Umsatzsteuer)	15,2	26,3	34,3	39,1
Sozialabgaben					
	<b>Selbstfinanzierung</b> (Mehreinnahmen aus Löhnen und Gewinnen, Minderausgaben durch sinkende Arbeitslosigkeit)	8,3	10,7	16,7	21,6
<b>SUMME</b>		<b>37,6</b>	<b>61,1</b>	<b>79,9</b>	<b>90,9</b>

# Absturz der Steuereinnahmen

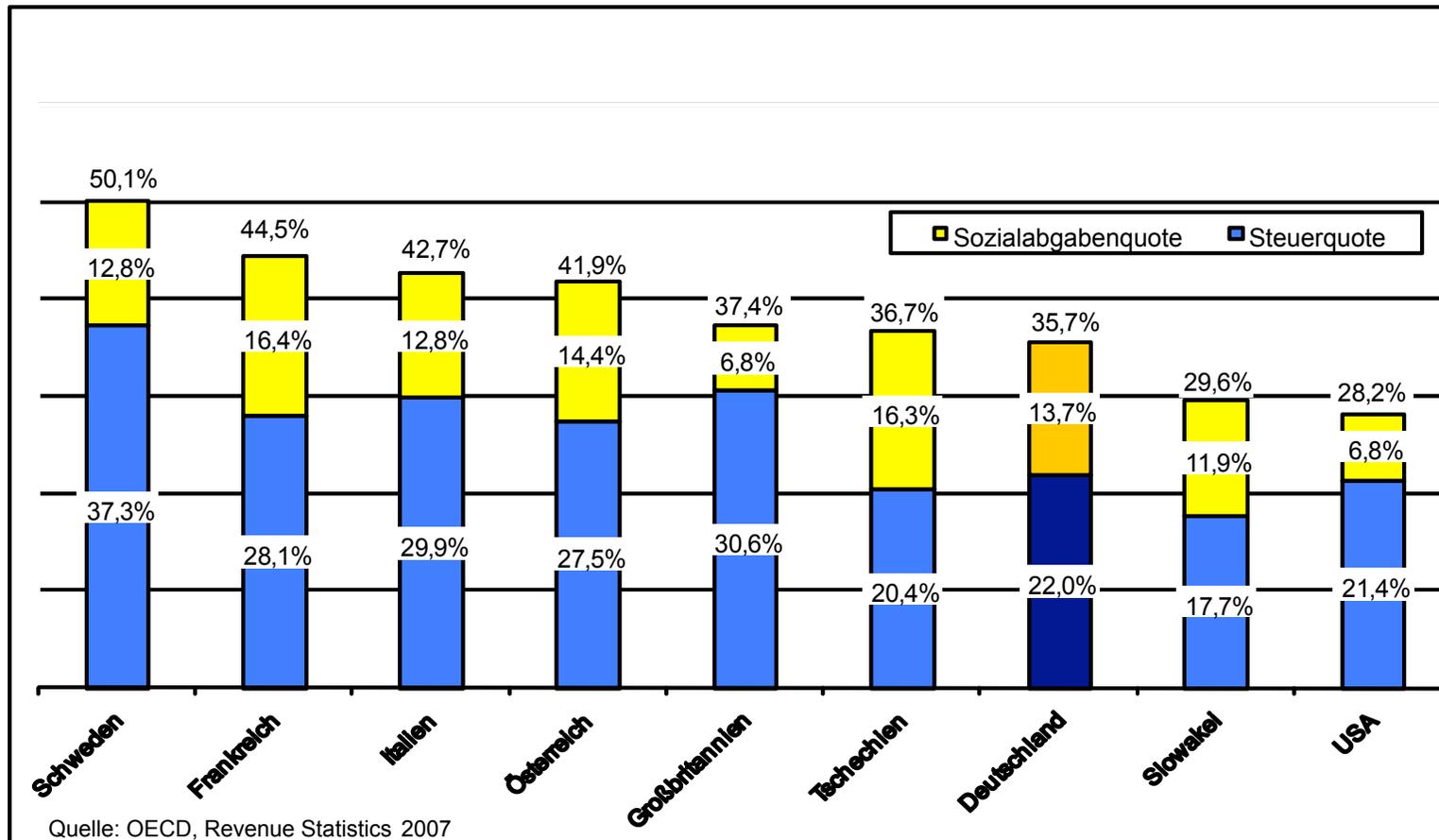
Mindereinnahmen gegenüber einer Steuerquote wie im Jahr 2000



# Steuer- und Abgabenquote

## Internationaler Vergleich

2006, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



# Finanzierungsquelle Steuervollzug

**12 Mrd.  
Mehreinnahmen  
jährlich:**

Durch mehr Personal,  
verstärkte Kontrollen  
und verbesserte  
Zusammenarbeit von  
Bund und Ländern



# In unsere Zukunft investieren

Qualitatives Wachstum und Beschäftigung initiieren

- Die positiven Effekte von Zukunftsinvestitionen reichen über Haushaltsjahre und Legislaturperioden hinaus.
- Jede erforderliche Investition, die heute unterlassen wird, geht zu Lasten zukünftiger Generationen.

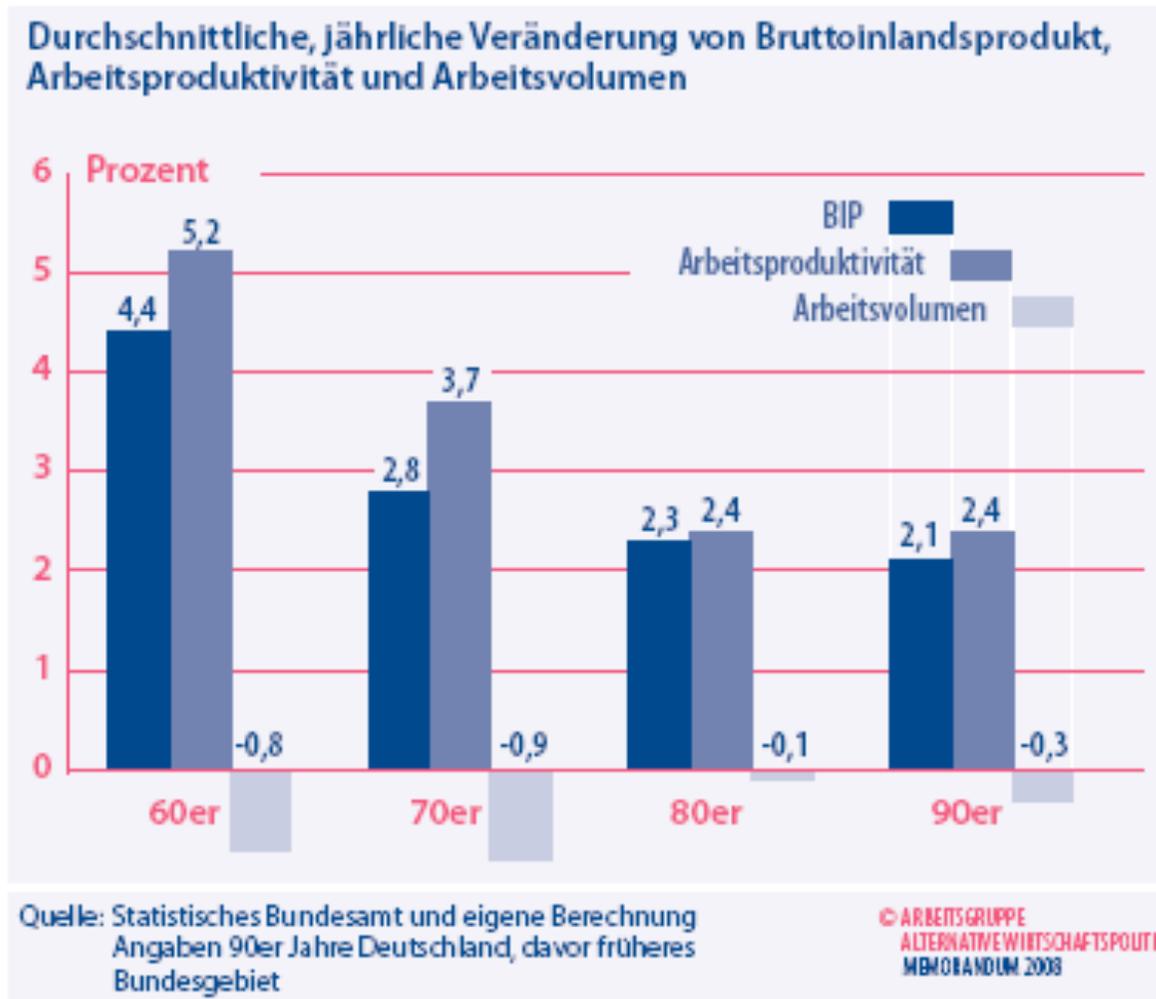
## 4. Arbeitszeitverkürzung

- Deutliche Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust
- Lebensarbeitszeit verkürzen statt verlängern – weg mit der Rente ab 67

### **Erste Schritte:**

- Begrenzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Wochenstunden
- Überstundenabbau - jährlich werden ca. 1,4 Milliarden bezahlte und schätzungsweise 1 Milliarde unbezahlte Überstunden geleistet

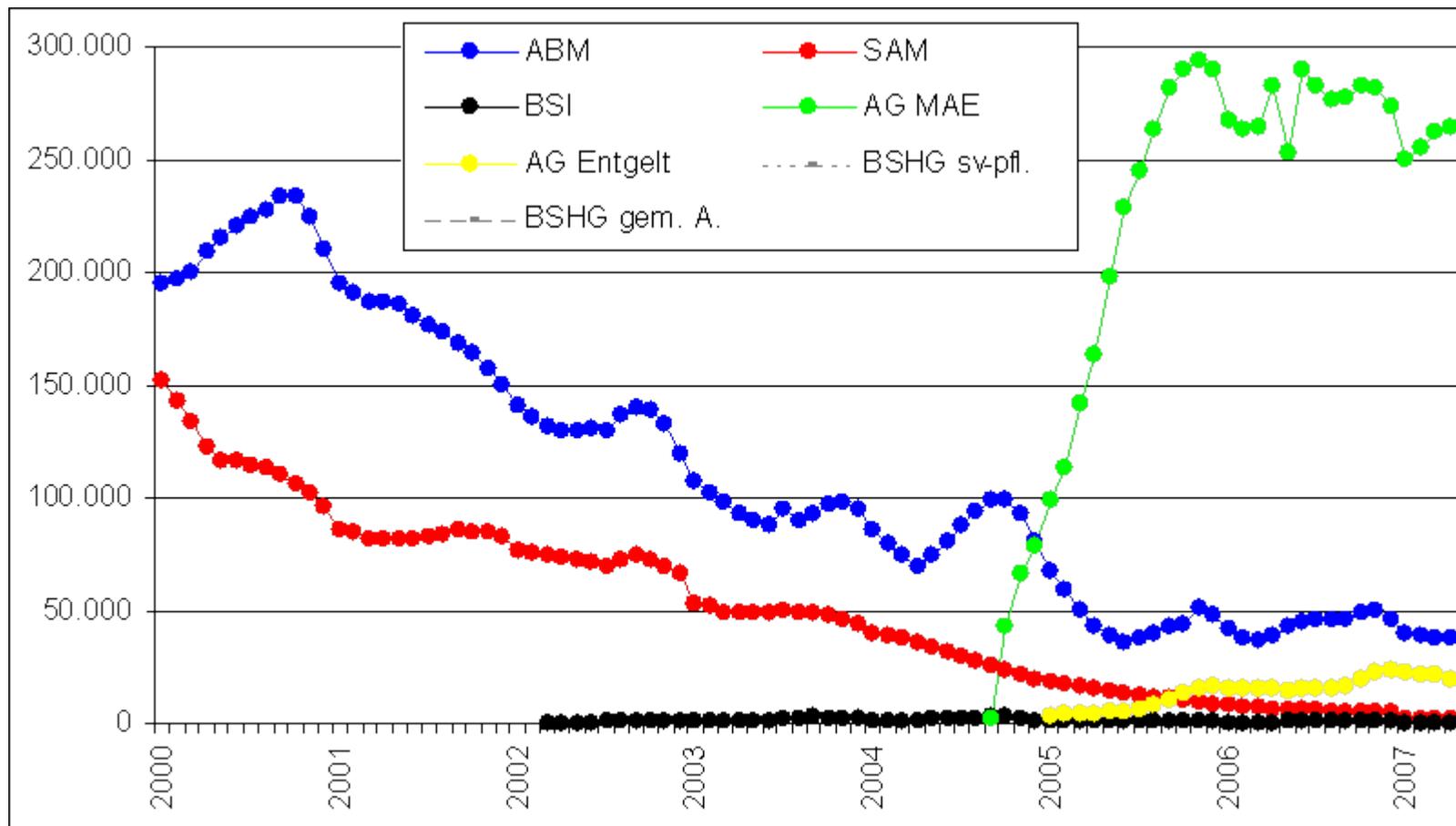
# Veränderungsraten im Vergleich



# 5. Öffentlich geförderte Beschäftigung

## Aktive Arbeitsmarktpolitik im Wandel

(Bestand an TeilnehmerInnen in ausgewählten Maßnahmen)



# Öffentlich geförderte Beschäftigung

- Gesetzliche Grundlagen für dauerhaft öffentlich finanzierte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schaffen
- Konkret: Schaffung von 500.000 öffentlich geförderten Arbeitsverhältnissen in den kommenden 3 Jahren, nicht unter Tarif, mindestens 1.400 Euro brutto
- Zielgruppe: Vor allem beschäftigungsfähige und -bereite Personen, für die auf längere Sicht eine öffentlich geförderte Beschäftigung die einzige Chance bedeutet, die Arbeitslosigkeit zu beenden und die Hilfebedürftigkeit zu überwinden

## 6. Armutsfeste Grundsicherung

- Die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung muss repressionsfrei gewährt werden.
- Niemand darf zur Ausübung einer Beschäftigung gezwungen werden, die kein Existenz sicherndes Einkommen schafft, die berufliche Qualifikation nicht in Wert stellt, zu hohe Ansprüche an Flexibilität und Fahrtzeiten stellt oder die gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstößt.
- Die Zumutbarkeitsregelungen sind diesen Grundsätzen anzupassen.

# Grundsicherung kindgerecht gestalten

- Dringend nötig ist die Einführung einer kindgerechten Bedarfserhebung. Kinder haben andere Bedürfnisse und Erfordernisse als Erwachsene. Derzeit werden diese nicht berücksichtigt.
- Wir wollen den Aus- und Umbau von Kindergeld und Kinderzuschlag zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung, die jedem Kind den Zugang zum soziokulturellen Existenzminimum ermöglicht.